

Inhaltsverzeichnis

A. Ausgangssituation

I. Das Seniorenleitbild des Landkreises Neumarkt i.d.OPf.	S. 5
II. Aktuelle Situation im Landkreis Neumarkt i.d.OPf. 2017/2018	S. 7
1. Erreichte Umsetzungen der Ziele	S. 7
2. Internetplattform www.forumab50.de	S. 7
3. Netzwerke und andere Projekte	S. 8
III. Entwicklung der Bevölkerung im Landkreis Neumarkt i.d.OPf.	S. 8
IV. Die Evaluation und die Versuche der Umsetzung der Maßnahmen des Seniorenleitbildes	
1. Fragebogen an die Kommunen	S. 9
2. Ergebnisse aus den Befragungen	S. 10
3. Weiteres Vorgehen als Folge dieser Erkenntnisse	S. 12

B. Die Generationsübergreifende Agenda

I. Vorarbeiten	S. 12
II. Der Expertenworkshop am 08.06.2016	S. 13
III. Die wissenschaftliche Begleitung	S. 13
IV. Die Auftaktveranstaltung am 22.06.2016	S. 14
V. Aufbau und Durchführung der Workshops	S. 14
1. Grundsätzliche Vorgehensweise bei den Workshops	S. 14
2. Beteiligung bei den Workshops	S. 16
VI. Die Workshops im Einzelnen	S. 16

Workshop I

Thema Wirtschaft-Arbeitsmarkt-Bildung am 23.09.2018	S. 17
1. Gruppe Wirtschaft-Arbeitsmarkt	S. 17
1.1. SWOT-Analyse und nachfolgende Diskussion	S. 17
1.2. Ziele der Gruppe Wirtschaft + Arbeitsmarkt	S. 18
1.3. Maßnahmenfindung	S. 19
1.4. Partner und eigener Beitrag	S. 19
2. Gruppe Bildung	S. 20
2.1. SWOT-Analyse und nachfolgende Diskussion	S. 20
2.2. Ziele der Gruppe Bildung	S. 20
2.3. Maßnahmenfindung	S. 21
2.4. Partner und eigener Beitrag	S. 21

Workshop II

Thema Gesundheit-Pflege-Lebensqualität am 22.10.2016 S. 22

1. Gruppe Gesundheit
 - 1.1 SWOT-Analyse und Diskussion S. 23
 - 1.2. Ziele der Gruppe Gesundheit S. 23
 - 1.3. Maßnahmenfindung der Gruppe Gesundheit S. 23
 - 1.4. Partner und eigener Beitrag S. 24
2. Gruppe Pflege + Lebensqualität S. 25
 - 2.1. SWOT-Analyse und Diskussion S. 25
 - 2.2. Ziele der Gruppe Pflege + Lebensqualität S. 26
 - 2.3. Maßnahmenfindung S. 27
 - 2.4. Partner und eigener Beitrag S. 28

Workshop III

Thema Integration und Teilhabe am 03.02.2017

vorgeschaaltete Diskussion S. 29

1. Gruppe Integration und Teilhabe aus Sicht der Gesellschaft S. 30
 - 1.1. SWOT-Analyse und Diskussion S. 30
 - 1.2. Ziele der Gruppe Integration und Teilhabe aus Sicht der Gesellschaft S. 31
 - 1.3. Maßnahmenfindung S. 32
 - 1.4. Partner S. 32
 - 1.5. Eigener Beitrag und Diskussion S. 32
2. Gruppe Integration und Teilhabe aus Sicht der Betroffenen S. 33
 - 2.1. SWOT-Analyse und Diskussion S. 33
 - 2.2. Ziele der Gruppe Integration und Teilhabe aus Sicht der Betroffenen S. 34
 - 2.3. Maßnahmenfindung S. 34
 - 2.4. Partner S. 34
 - 2.5. Eigener Beitrag S. 34
 - 2.6. Diskussion im Plenum S. 35

Workshop IV

Thema Wohnen und Leben am 24.03.2017 S. 35

1. Gruppe Wohnen S. 36
 - 1.1. SWOT-Analyse und Diskussion S. 36
 - 1.2. Ziele der Gruppe Wohnen S. 36
 - 1.3. Maßnahmenfindung S. 37
 - 1.4. Partner und eigender Beitrag S. 37
2. Gruppe Leben S. 38
 - 2.1. SWOT-Analyse und nachfolgende Diskussion S. 38
 - 2.2. Ziele der Gruppe Leben S. 38

2.3. Maßnahmenfindung	S. 39
2.4. Partner und eigener Beitrag	S. 39

Workshop V Querschnittsthemen.

Thema Ehrenamt, Mobilität, Generation Sandwich am 05.05.2017 mit vorgeschalteter Diskussion	S. 40
---	-------

1. Gruppe Ehrenamt	S. 41
1.1 SWOT-Analyse und Diskussion	S. 41
1.2. Ziele der Gruppe Ehrenamt	S. 41
1.3. Maßnahmenfindung	S. 42
1.4. Partner und eigener Beitrag	S. 42

2. Gruppe Mobilität	S. 42
2.1. SWOT-Analyse und Diskussion	S. 42
2.2. Ziele der Gruppe Mobilität	S. 43
2.3. Maßnahmenfindung/Partner und eigener Beitrag zu Ziel 1	S. 43
2.4. Maßnahmenfindung/Partner und eigener Beitrag zu Ziel 2	S. 44
2.5. Maßnahmenfindung/Partner und eigener Beitrag zu Ziel 3	S. 44

3. Gruppe Generation Sandwich	S. 45
3.1. SWOT-Analyse und Diskussion	S. 45
3.2. Ziele der Gruppe Generation Sandwich	S. 45
3.3. Maßnahmenfindung	S. 46
3.4. Partner	S. 47
3.5. Eigener Beitrag	S. 47

C. Zusammenfassung der dargestellten Ergebnisse und Fazit aus den Workshops

Die sieben priorisierten Ziele als Ergebnis aus den einzelnen Workshops.	S. 48
---	-------

Ziel 1 und Hauptziel: Sozialraumkoordinator auf Landkreisebene
 Ziel 2 Sozialraumkoordinator auf gemeindlicher Ebene
 Ziel 3 Leitbild(er) erstellen
 Ziel 4 Infrastruktur und Mobilität
 Ziel 5 Einbindung der Akteure
 Ziel 6 Pflege, Gesundheit und Soziales Miteinander
 Ziel 7 Ehrenamt

Die Ziele im Einzelnen	S. 49
------------------------	-------

Ziel 1 und 2 Sozialraumkoordinator	S. 49
1.1. Stellenbeschreibung Sozialraumkoordinator auf Landkreisebene	S. 49
1.2. Aufgaben Sozialraumkoordinator auf Landkreisebene	S. 49
2.1. Stellenbeschreibung Sozialraumkoordinator auf Gemeindeebene	S. 50
2.2. Aufgaben Sozialraumkoordinator auf Gemeindeebene	S. 50
2.3. Verknüpfung Ziele 1 und 2	S. 50

3. Die wichtigsten Tätigkeitsschwerpunkte der Koordinatoren	S. 52
Ziel 3 Leitbild(er) erstellen	S. 52
Ziel 4 Infrastruktur und Mobilität	S. 53
1. Vernetzung der Generationen und Beförderung von bürgerschaftlichen Engagement	S. 54
2. Verbesserung der eigenen Mobilität durch Schaffung spezieller Wohnangebote	S. 54
3. Barrierefreiheit im engeren und weiteren Sinn	S. 54
4. Ärztliche Versorgung	S. 55
5. Mobilität	S. 55
Ziel 5 Einbindung der Akteure	S. 56
Ziel 6 Pflege, Gesundheit und Soziales Miteinander	S. 57
Ziel 7 Ehrenamt	S. 58
D. Zum Schluss	S. 60
1. Die Gesamtschau	S. 60
2. Das Redaktionsteam	S. 61
3. Danksagung	S. 61

In den folgenden Ausführungen wird aus Gründen der besseren Lesbarkeit ausschließlich die männliche Form verwendet. Sie bezieht sich auf Personen jeden Geschlechts und soll kein Geschlecht benachteiligen.

A. Ausgangssituation

I. Das Seniorenleitbild des Landkreises Neumarkt i.d.OPf.

Der Landkreis Neumarkt i.d.OPf. hatte in den Jahren **2005 bis 2006** im Rahmen eines MORO-Projektes unter Moderation durch die REGINA GmbH ein Seniorenleitbild erstellen lassen, einzusehen unter www.reginagmbh.de/downloads/Seniorenleitbild_Landkreis_Neumarkt_i.d.OPf.pdf.

Dieses Seniorenleitbild des Landkreises Neumarkt i.d.OPf. wurde letztendlich 2006 durch den Kreistag des Landkreises Neumarkt für die Landkreiskommunen für verbindlich erklärt.

Im Rahmen des Entstehungsprozesses erschien in der Ansporn-Ausgabe 4/2005¹ vom Moderator, Herrn Gero Wiescholke (Regionalmanager bei der REGINA GmbH) folgender Artikel:

Projekte für Senioren kommen ins Laufen.

Das Projekt „Aufbau von dualen Netzwerkstrukturen für Senioren in der Region Neumarkt“ stellt einen weiteren innovativen Baustein bei der Verwirklichung einer nachhaltigen Regionalentwicklung des Landkreises Neumarkt dar. Als einziges bayarisches Projekt wird es vom Bundesamt für Bauwesen und Raumordnung gefördert. Es besteht im Wesentlichen aus drei Teilen:

Netzwerkaufbau und Leitbildentwicklung

Zum einen wurde mit dem Aufbau eines regionalen Seniorennetzwerkes begonnen und parallel ein Leitbild entwickelt. Letzteres ergänzt das vorhandene „Leitbild und Aktionsprogramm Agenda 21“ des Landkreises Neumarkt und zeigt die Entwicklungsrichtung für die Zukunft auf. Mit einem Aktionsprogramm, das aus einem Bündel von Maßnahmen bestehen wird, wird das Leitbild mit Leben gefüllt. Bei der Leitbildentwicklung hat sich neben der Erarbeitung detaillierter inhaltlicher Aspekte und Leitthemen, vor allem gezeigt, dass bei den Initiativen und Organisationen ein großer Bedarf nach Kooperation und einer Austauschplattform besteht. Inhaltlich stehen u.a. die Fragen der (verkehrstechnischen) Mobilität der Senioren (im ländlichen Raum), Aktivierung der „jungen Alten“ und die Frage einer besseren Verzahnung von Ehrenamt und professionellen Akteuren im Vordergrund. Im Netzwerk werden selbstverständlich die Seniorinnen und Senioren ebenso vertreten sein, wie ehrenamtliche und professionelle Institutionen und Organisationen, die in der Seniorenarbeit tätig sind. Mit der bisherigen Arbeit wurden bereits einige Ideen angestoßen. So fand ein erstes, von der REGINA GmbH moderiertes, Treffen der Seniorenbeauftragten statt,

¹ Ansporn Landkreismagazin Neumarkt i.d.OPf. einzusehen unter <https://www.landkreis-neumarkt.de/hp773/Ansporn.htm?ITServ=aj1g5f0qa40vnq1t1kk1u8qj05v&l=95454463>

die auf ihrer Ebene Probleme erörterten und Erfahrungen der konkreten Seniorenarbeit austauschten. Die Ergebnisse daraus fließen ebenfalls in den Maßnahmenkatalog ein. Auch soll das erfolgreiche Pyrbaumer Projekt „Nachbarschaftshilfe“ flächendeckend in allen Gemeinden des Landkreises initiiert werden.

Was heißt „dual“?

Ein zweites Element des Projektes ist die Erstellung eines „virtuellen“ Netzwerkes: das Internet soll genutzt werden, den Beteiligten die Möglichkeit zu geben, ihre Bedürfnisse, Ideen oder Projekte öffentlich zu machen und Partner zu finden.

Die technischen Möglichkeiten erschöpfen sich aber nicht in einer reinen Darstellung der Aktivitäten, sondern sollen allen Beteiligten die interaktive Möglichkeit geben, nach Art eines Marktplatzes, eigene Bedürfnisse anzumelden oder Angebote zu machen. Damit soll den interessierten Seniorinnen und Senioren die Gelegenheit gegeben werden, die modernen Kommunikationsinstrumente zu nutzen, während die anderen regionalen Akteure der Seniorenarbeit ein Hilfsmittel für ihre Aufgabenbereiche zur Seite bekommen. Dieser zweite Projektabschnitt läuft gerade in Zusammenarbeit mit Studenten der Universität Regensburg.

Diese Vernetzung auf zwei Ebenen, der „realen“ mit Menschen und der „virtuellen“ mit dem Computer, wird als dual bezeichnet. Das reale Netzwerk ist dabei der menschliche und inhaltliche Schwerpunkt. Das virtuelle Netzwerk wird als aktuelles und praktisches Werkzeug das reale Netzwerk in seiner Arbeit unterstützen und ergänzen.

Untersuchung kommunaler Versorgungsstrukturen

Der dritte Teilbereich des Projektes befasst sich schließlich modellhaft mit der wissenschaftlichen Untersuchung einer „Kommunalen Nahversorgung“ in zwei Gemeinden des Landkreises. Dabei ist nicht nur an die klassische Nahversorgung mit Geschäften gedacht, sondern auch an Dienstleistungen und Pflegeeinrichtungen.

In Zusammenarbeit mit dem Sozialwissenschaftlichen Institut für Regionalentwicklung (SIREG) und der Universität Regensburg werden auf Basis einer genauen Analyse und mit Hilfe von Erhebungen Vorschläge erarbeitet werden, die eine bessere Versorgung ermöglichen sollen.

Gerade im Seniorenbereich zeigt sich, wie wichtig es ist, die Erfahrungen der Beteiligten zu erfassen und die genauen Bedürfnisse der Betroffenen zu klären. Das ist im Übrigen nicht immer eine Geldfrage, sondern oft auch eine Frage der Information und Koordination.

Die „menschliche“ Netzwerkkomponente wird um eine „technische“ ergänzt. Mit der Nutzung des Internet wird eine zeitgemäße Form der Darstellung und Kommunikation genutzt. Zum einen ist es ein „Alltagswerkzeug“, auf das –zumindest be-

ruflich- jeder zugreift, zum anderen sind gerade bei den Senioren die Zuwachsraten der Internetanbindung und -nutzung mit am höchsten, wie aktuelle Studien belegen. Außerdem wachsen mit jedem Tag internetkompetente Senioren nach, so dass hier sicher ein zukunftsweisendes Instrument etabliert wird.

Wenn der ländliche Raum für Junge und Alte attraktiv sein soll, muss den Menschen u.a. auch eine attraktive Infrastruktur zur Verfügung stehen. Insofern ist das Projekt ein erster Ansatzpunkt zu einer Gestaltung des demografischen Wandels in der Region Neumarkt i. d. Oberpfalz.

Gero Wieschollek
REGINA GmbH
REGIONALMANAGEMENT

Wie aus diesem Bericht zu entnehmen ist, war der Landkreis Neumarkt i.d.OPf. einer der ersten Landkreise überhaupt, der sich Gedanken über „Notwendigkeiten“ für die Zukunft im Rahmen der kommenden veränderten demographischen Bedingungen (Veränderung des Altersquotienten in den Gemeinden) machte.

Die Ergebnisse dieser Workshops und der wissenschaftlichen Begleitung durch Sireg (Sozialwissenschaftliches Institut für regionale Entwicklung, Herr Dr. Zeitler) wurden im Seniorenleitbild des Landkreises Neumarkt i.d.OPf.

(einzusehen über die Webseite der REGINA GmbH, Regionale Innovationsagentur des Landkreises Neumarkt i.d.OPf. www.reginagmbh.de unter downloads wie oben), zusammengefasst.

II. Aktuelle Situation im Landkreis Neumarkt i.d.OPf. 2017/2018

Was bislang aus den Forderungen des Seniorenleitbildes nicht umgesetzt wurde, ist die Schaffung einer Stelle im Landratsamt, die für Seniorenfragen als Ansprechpartner zur Verfügung steht.

Aus dem Artikel der Mittelbayerischen Zeitung, Regionalausgabe für Neumarkt vom 26./27.11.2005 ergibt sich, dass Herr Landrat Löhner damals keinen Zweifel daran ließ, dass mit der Verabschiedung des Leitbildes keine neue Stelle in der Verwaltung verbunden sei. Die zusätzliche Aufgabe müsse irgendwo angesiedelt werden.

1. Erreichte Umsetzungen der Ziele

Als Evaluationsergebnis kann nach nunmehr 12 Jahren festgehalten werden, dass sich nach und nach, um wenigstens einen Austausch der Erfahrungen zu haben etliche Netzwerke und Projekte in der realen Welt nach dem Muster dieses Seniorenleitbildes gebildet haben wie zum Beispiel das regelmäßige halbjährliche Vernetzungstreffen der Seniorenbeauftragten sowie das Vernetzungstreffen der inzwischen bestehenden 15 Nachbarschaftshilfen und nachfolgend seit 2016 auch die gemeinsamen Treffen dieser Gruppen.

2. Internetplattform www.forumab50.de

Die andere Komponente „Plattform auf digitaler Ebene“ www.forumab50.de, konnte sich nicht durchsetzen. Diese Seite musste im Jahr 2017 aufgegeben werden.

Die Internetplattform www.forumab50.de, die unter Mitwirkung der Universität Regensburg in den Jahren 2005/2006 entstanden war, wurde nicht koordiniert betrieben

und aufgrund von Personalmangel und mangelhafter finanzieller Ausstattung nur oberflächlich und auch nur anfänglich gepflegt. Nach mehreren Versuchen, unter anderem die notwendige Pflege ehrenamtlich durchzuführen, musste die Seite aufgegeben werden.

Eine hauptamtliche Betreuung wurde vom Landkreis nicht finanziert.

3. Netzwerke und andere Projekte

Anders die Vernetzungstreffen in der realen Welt:

Die Vernetzungstreffen für Seniorenbeauftragte wurden ab November 2010 von der REGINA GmbH, Regionale Innovationsagentur des Landkreises Neumarkt i.d.OPf., in einer neu geschaffenen Abteilung **BENidO (B**ürgerschaftliches **E**ngagement in **N**eumarkt **i.d.OPf.**) organisiert und durchgeführt.

Ab April 2015 wurden dann auch die Vernetzungstreffen für die Nachbarschaftshilfen durch BENidO, REGINA GmbH, übernommen, da sich zu diesem Zeitpunkt die Diözese Eichstätt, die sich dieser Vernetzungsaufgabe bis zu diesem Zeitpunkt angenommen hatte, zurückzog.

Inzwischen werden die Vernetzungstreffen für beide Kreise gemeinsam regelmäßig veranstaltet, da sich viele übereinstimmende Schnittpunkte ergeben und ein Zusammenwirken aller Beteiligten von großem Nutzen ist.

Darüber hinaus unterstützte die Abteilung „BENidO“ und nach Ablauf dieser Förderperiode das **Regionalzentrum für das Ehrenamt** bei der REGINA GmbH, die Landkreiskommunen in der Initiierung weiterer Nachbarschaftshilfen nach dem Vorbild von Pyrbaum, so dass inzwischen 15 aktive Nachbarschaftshilfen den Bürgern in den jeweiligen Gemeinden, ihre Dienste anbieten.

Inzwischen wurde auch in jeder Landkreiskommune eine Seniorenbeauftragte/ ein Seniorenbeauftragter und in zwei Kommunen des Landkreises Neumarkt i.d.OPf. zusätzlich ein Seniorenbeirat, der die oder den politischen Seniorenbeauftragten bei seiner Arbeit unterstützt, benannt bzw. gewählt.

Die ehrenamtlichen Seniorenbeiräte sind bestrebt zusätzliche Freizeit- und Bildungsangebote für Senioren in ihren Gemeinden anzubieten, so, dass hier gute Seniorenarbeit geleistet wird.

Die Besetzung solcher Ehrenämter, Seniorenbeauftragter/Beirat, auch ein Ziel, das im Seniorenleitbild 2006 als wünschenswert gesehen wird, wurde ebenfalls von der REGINA GmbH angeregt und unterstützt, so, dass sich letztendlich in allen Gemeinden Ehrenamtliche für diese Ämter gefunden haben.

III. Entwicklung der Bevölkerung im Landkreis Neumarkt i.d.OPf.

Als weiterer feststehender Fakt kann festgehalten werden, dass die absoluten Bevölkerungszahlen in den Jahren nach der Erstellung des Seniorenleitbildes im Landkreis tatsächlich stabil blieben bzw. sogar etwas anstiegen.

Trotzdem ist es eine inzwischen feststehende Tatsache, dass auch in den Landkreiskommunen die Bevölkerung „altert“, also der Altersquotient steigt.

Dies wird in der begleitenden Bachelorarbeit der Generationsübergreifenden Agenda von Michaela Mayr, Studentin der Technischen Hochschule Nürnberg Georg Simon Ohm auf den Seiten 21 bis 23 deutlich:

„Der demografische Wandel in Deutschland und die Bedeutung der Generationenarbeit und –Politik auf kommunaler Ebene: Empirische Analyse des Projektes „Generationsübergreifende Agenda für den Landkreis Neumarkt in der Oberpfalz“ mit anschließender Erstellung von Handlungsempfehlungen“²

Frau Mayr hat wie folgt erläutert:

Die Bevölkerungsentwicklungen von 2014 bis 2034 werden für den Landkreis Neumarkt i. d. OPf. als stabil bezeichnet, die Veränderungen befinden sich in einem Bereich von -2,5 bis unter +2,5 Prozent (Bayerisches Landesamt für Statistik November 2015 b: 4).

*Der Bevölkerungsstand stieg in den vergangenen 20 Jahren an,
-im Jahr 1994 belief er sich auf 118.925 Menschen
(Statistisches Bundesamt – Destatis 8),
-2014 auf 129.000 und geschätzt im
-Jahr 2034 auf 132.000 (Statistisches Bundesamt – Destatis 9).*

Daraus ergibt sich insgesamt ein Bevölkerungszuwachs.

*Das Bayerische Landesamt für Statistik stellt hierzu eine Darstellung der Veränderungen der einzelnen Altersgruppen bereit:
-bei den unter 18-Jährigen wird von 2014 bis 2034 ein Rückgang von -9,6 Prozent zu verzeichnen sein,
-bei den 18- bis unter 40-Jährigen ein Rückgang von -12,1 %,
-bei 40- bis unter 65-Jährigen wird sich ein Rückgang von -8,9 % ergeben,
-der Anteil Älterer wird um +58,3 % steigen.
(Auszug aus der oben benannten Bachelorarbeit).*

Damit wird deutlich, dass sich die Infrastrukturen in den Landkreiskommunen des Landkreises Neumarkt i.d.OPf. an die veränderten Lebensgewohnheiten bzw. Lebensnotwendigkeiten der alternden Bevölkerung anpassen müssen, damit auch diese Bevölkerungsgruppe in der Zukunft gut ver- und umsorgt leben kann.

Diese Ergebnisse wurden von der **Initiativgruppe Seniorenleitbild = IGSlr** (eine Personengruppe bestehend aus Seniorenbeauftragten aus den Landkreiskommunen des Landkreises Neumarkt i.d.OPf., interessierter Bürger, Fachleuten aus der Pflege und dem Gesundheitswesen, angeleitet und moderiert von der REGINA GmbH) im Zeitraum 2012 bis 2015 aus Unterlagen und Abfragen bei allen Landkreismunicipalitäten, wie folgt, herausgearbeitet.

IV. Die Evaluation und die Versuche der Umsetzung der Maßnahmen des Seniorenleitbildes

1. Fragebogen an die Kommunen

Die IGSlr (Initiativgruppe Seniorenleitbild) hatten sich ab 2013 zur Aufgabe gesetzt, die guten Ansätze des Seniorenleitbildes des Landkreises Neumarkt i.d.OPf. umzusetzen bzw. die Umsetzung in den Kommunen voranzutreiben.

² Bachelorarbeit von Michaela Mayr „Der demografische Wandel in Deutschland und die Bedeutung der Generationenarbeit und -Politik auf kommunaler Ebene: Empirische Analyse des Projektes „Generationsübergreifende Agenda für den Landkreis Neumarkt“ einzusehen bei der REGINA GmbH.

Um die Ausgangslage, den Ist-Zustand zu erkunden, wurde von der Gruppe eine Exeldatei entwickelt, in der mit konkreten Fragen jede Landkreiskommune nach ihrer „Seniorenpolitik“ abgefragt wurde.

Bei dieser Abfrage ging es, gemäß dem vorliegenden Seniorenleitbild und angelehnt an die dort formulierten Forderungen, um die wie folgt geschilderten Handlungsfelder aus dem Seniorenleitbild des Landkreises Neumarkt i.d.OPf. 2006:³

Zitat:

Wirtschaft, Arbeitsmarkt, Bildung

- für Berufe und Tätigkeiten, die sich mit den Bedürfnissen der Senioren befassen, Arbeitsmöglichkeiten im Landkreis geschaffen und ein gezieltes, auf Senioren zugeschnittenes Marketing entwickelt werden;
- im Sinn von Lebenslangem Lernen Angebote für Senioren geschaffen werden;
- das Bewusstsein der Senioren für regionale Produkte geschärft werden.

Lebensqualität, Gesundheit, Pflege

- die wohnortnahe Versorgung von Senioren sichergestellt werden; die Bereiche Pflege und Wohnen ergänzt und entsprechend der unterschiedlichen Belange und Bedürfnisse differenziert gestaltet werden;
- die psychosoziale Situation älterer Menschen stärker thematisiert werden.

Integration und Teilhabe

- neue Formen der Beteiligung älterer Menschen in der Gesellschaft entwickelt werden;
- die verkehrstechnische Mobilität für Senioren gesteigert werden;
- Entlastungsangebote und Integration von Angehörigen ausgebaut werden;
- der Erfahrungsaustausch in der Seniorenarbeit auf allen Ebenen intensiviert und eine enge Zusammenarbeit zwischen hauptberuflichen und ehrenamtlichen Trägern unterstützt und ausgebaut werden;
- das Wissen um Traditionen und Brauchtum und die Erfahrungen von Senioren als weicher Standortfaktor gesichert werden.

Querschnittsthemen

- die Selbsthilfe der Senioren unterstützt und die Beratung in allen seniorenrelevanten Bereichen verbessert werden.

(Auszug aus dem Seniorenleitbild wie oben angegeben).

Die Inhalte dieser Handlungsfelder wurden in die Exeldatei eingearbeitet und mit weiteren Fragen über

- Barrierefreiheit im privaten und öffentlichen Raum, alternative Wohnformen,
- ambulante Hilfsdienste für Senioren und politische Vertretung der Senioren ergänzt.

2. Ergebnisse aus den Befragungen

Aus den Rücksendungen aller Landkreiskommunen (Rücklauf 100 %) - die Ergebnisse wurden dann auch ungekürzt im Landkreismagazin Ansporn von 2015 bis 2017 nach und nach vorgestellt - konnten die IGSler entnehmen, dass einige gute Ansätze

³ Seniorenleitbild Landkreis Neumarkt i.d.OPf. einzusehen unter <https://www.reginagmbh.de/downloads/Seniorenleitbild>

in den Kommunen vorhanden sind, die sich verändernden Lebenssituationen der Senioren bei den politischen Entscheidungen zu berücksichtigen.

Andererseits stehen viele Bedürfnisse (z. B. barrierefreie Wohnungen, Teilhabe und Weiterbildung der Senioren) jedoch noch nicht zur Debatte bzw. waren teilweise dem Markt und der freien Wirtschaft (Infrastruktur) überlassen worden.

Als weiteres Ergebnis der Recherchen der IGSler ergab sich, dass es für eine gesunde Dorf- und Stadtentwicklung unumgänglich ist, alle Generationen und „Kräfte“ einer Kommune in die Entwicklung der Zukunft einzubeziehen, sowohl um Doppelstrukturen zu vermeiden, um die Kräfte zu bündeln und aufeinander abzustimmen auch um den Bedürfnissen der anderen Generationen gerecht zu werden (Generationsolidarität).

Insbesondere die Entwicklung auf dem Pflegemarkt (Mangel an Pflegekräfte), der Wunsch der älteren Menschen möglichst lange zu Hause zu bleiben, die Stärkung ambulanter Hilfen vor stationären Hilfen (siehe AGSGB, SGB XI und auch weiterer Gesetze) sowie der immer höhere Druck auf die Arbeitnehmer möglichst flexibel beruflich im Ortswechsel sein zu müssen, führen dazu, dass sich immer weniger Familien finden, die die Versorgung und dann auch die Pflege der älteren Menschen übernehmen können.

Damit ist klar erkennbar, dass die Aufgabe der Betreuung der Senioren im Alter nicht nur auf den Schultern der Familie abgelegt werden kann und den Bedürfnissen der jüngeren Menschen Rechnung getragen werden muss.

Unterstützt wird dieses Ergebnis vom 7. Altenbericht aus dem Jahr 2017.

Die Zusammenfassung der Ergebnisse dieses Berichtes gibt hierzu die Broschüre „Sorge und Mitverantwortung in der Kommune“ vom Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend, Artikelnummer 3 BR115, 2. Auflage 17.03.2017, S. 14 u. 15 wieder:⁴

Generationsübergreifende Konzepte

Viele der im Siebten Altenbericht entwickelten Vorschläge und Maßnahmen betreffen nicht nur ältere Menschen, sondern alle Altersgruppen. Wenn es in einer Nachbarschaft üblich ist, sich auszutauschen und gegenseitig zu unterstützen, so profitieren davon junge Familien ebenso wie ältere Menschen. Es entlastet die (unter Umständen weit entfernt wohnenden) erwachsenen Kinder, wenn sie wissen, dass ihre auf Unterstützung angewiesenen Eltern gut versorgt sind. Verbesserungen im Gesundheitswesen, der Abbau von Barrieren in Wohnungen und im öffentlichen Raum, die Förderung des Engagements, eine ausgebaute Dienstleistungsinfrastruktur sowie gute öffentlichen Verkehrsangebote steigern die Lebensqualität aller Bevölkerungsgruppen, egal welchen Alters und unabhängig von ihren Lebenslagen.

Die Bedürfnisse jüngerer Menschen stimmen also in vielerlei Hinsicht mit den Bedürfnissen älterer Menschen überein – jedoch nicht in allem.

Der Fokus auf ältere Menschen darf nicht dazu führen, dass Bedürfnisse jüngerer Menschen vernachlässigt werden. Ebenso wenig dürfen Altersgruppen gegen-

⁴ Broschüre „Sorge und Mitverantwortung in der Kommune“ vom Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend, Artikelnummer 3 BR115, 2. Auflage 17.03.2017

einander ausgespielt werden. Die Kommission hat den Anspruch, im Siebten Altersbericht Elemente einer Politik mit älteren und für ältere Menschen zu skizzieren, die in eine generationenübergreifende Politik und Sorge und Mitverantwortung eingebunden ist und als Teil einer generationsübergreifenden Demografie Politik verstanden werden kann.

(Auszug aus der Zusammenfassung des 7. Deutschen Altersberichtes wie oben angegeben).

3. Weiteres Vorgehen als Folge dieser Erkenntnisse

Die IGSLer beschlossen aufgrund dieser Erkenntnisse, das Seniorenleitbild nicht nur zu evaluieren sondern fortzuschreiben und die Entwicklung einer innovativen **Generationsübergreifenden Agenda** zu unterstützen.

Durch Vorstellung dieser Entwicklung und der daraus resultierenden Ergebnisse vor dem Bayerisches Staatsministerium der Finanzen, für Landesentwicklung und Heimat durch die REGINA GmbH unter Mitwirkung der IGSLer konnten u. a. für die Entwicklung einer **Generationsübergreifenden Agenda** Fördergelder für ein entsprechendes Projekt „Erstellung einer Generationsübergreifende Agenda für den Landkreis Neumarkt i.d.OPf.“, im Regionalmanagement erlangt werden.

Nach Freigabe der Gelder konnte das Regionalzentrum für das Ehrenamt in der REGINA GmbH im März 2016 die Arbeit beginnen.

B. Die Generationsübergreifende Agenda

I. Vorarbeiten

In der REGINA GmbH wurde für die Entwicklung der Generationsübergreifenden Agenda ein Konzept für die anstehende Projektarbeit entworfen, das im Wesentlichen die Einbeziehung von folgenden Faktoren berücksichtigt:

1. Die Inhalte und Forderungen des Seniorenleitbildes.
2. Die Ergebnisse der Umfragen bei den Landkreiskommunen.⁵
3. Die Erkenntnisse der Treffen der Seniorenbeauftragten und Nachbarschaftshilfen aus deren Arbeit in den jeweiligen Kommunen.
4. Die Ergebnisse eines Experten-Workshops mit Fachkräften für die Vertretung der Jugend, der Familien und der Senioren, im Landkreis Neumarkt i.d.OPf.⁶
5. Die Einbeziehung von Fachstellen, von Bürgern, von Unternehmen, der Kirchen der Wohlfahrtsverbände, der Politik und weiterer denkbarer Akteure im Rahmen einer Auftaktveranstaltung, sowie nachfolgend fünf öffentlicher Themenworkshops⁷.
6. Das zu ziehende Hauptfazit aus den Jahren 2006 bis einschließlich 2017 bezüglich der stattgefundenen Umsetzungen oder der Nichtumsetzungen aus dem Senioren leitbild, lautet:

Die Umsetzung der im Leitbild geforderten Maßnahmen kann nur dann erfolgreich durchgeführt werden, wenn es einen „Koordinator“ gibt, der die Durch-

⁵ Einzusehen bei der REGINA GmbH Neumarkt, Dr.Grundler-Str.1, 92318 Neumarkt

⁶ Fotodokumentation des Workshops vom 08.06.2016 , einzusehen bei der REGINA GmbH Neumarkt, Dr.-Grundler-Str. 1, 92318 Neumarkt

⁷ Fotodokumentationen der Auftaktveranstaltung und der nachfolgenden 5 Workshops, einzusehen bei der REGINA GmbH Neumarkt Dr.-Grundler-Str. 1, 92318 Neumarkt

Die Erkenntnisse aus den sechs Experten- und Themenworkshops wurden im Rahmen von Fotodokumentationen und Mitschriften der jeweiligen Veranstaltungen festgehalten, letztendlich ausgewertet und zusammengestellt. Sie wurden in das Konzept eingearbeitet.

II. Der Expertenworkshop am 08.06.2016⁸

Bei diesem Workshop, moderiert von Frau Martina Bauer, Mitarbeiterin der REGINA GmbH, nahmen Fachpersonen aus den Bereichen Jugend, Familie, Senioren teil. Ziel war es, die vorgegebenen Handlungsfelder aus dem Seniorenleitbild zu hinterfragen und dann aufzuweiten, so dass sich auch die Vertreter der Jugend und der Familien mit ihren Problemstellungen in den Themenbereichen wiederfinden und einbringen konnten.

Die gefundenen und bereits vorhandenen Themen aus diesem Expertenworkshop wurden dann für die Auftaktveranstaltung und die geplanten weiteren fünf öffentlichen Workshops mit eingearbeitet, jedoch nicht speziell einer Altersgruppe zugeordnet. Die Ergebnisse wurden im Rahmen der bestehenden Handlungsfelder eingebaut und als Arbeitsgrundlage der jeweiligen Workshops für die Teilnehmer visualisiert und als mögliche Arbeitsthemen zur Verfügung gestellt. Dabei wurde darauf geachtet, dass diese Vorgabe noch genügend Raum für kreative Ideen von den erwarteten Teilnehmern lies und diese Ideen eingearbeitet werden konnten. (Die entsprechende Fotodokumentation des Expertenworkshops kann bei der REGINA GmbH eingesehen werden).

III. Die wissenschaftliche Begleitung

Um die Durchführung der Workshops und auch die hier angewandte Methodik wissenschaftlich zu begleiten, wurden im Vorfeld Gespräche mit Frau Prof. Dr. Doris Rosenkranz von der Simon-Ohm-Hochschule, Fachbereich Sozialwissenschaft geführt.

Frau Prof. Dr. Doris Rosenkranz ist u. a. mit den Forschungsschwerpunkten:

- Evaluation,
- Qualitätsentwicklung,
- Freiwilligenmanagement in der Technischen Hochschule, wissenschaftlich betraut.

Darüber hinaus ist sie

- Sprecherin der Hochschulkooperation Ehrenamt,
- Akademische Leitung der Weiterbildung "Demografie vor Ort",
- Mitglied der Sachverständigenkommission der Bundesregierung für den Zweiten Engagementbericht
- Beauftragte für Wissenschafts- und Technologietransfer der Fakultät Sozialwissenschaften.

⁸ Fotodokumentation Workshop vom 08.06.2016 Generationsübergreifende Agenda, einzusehen bei der REGINA GmbH Neumarkt, Dr.-Grundler-Str. 1, 92318 Neumarkt

Es wurde im Rahmen dieser Gespräche eine Bachelorarbeit mit dem Titel:

„Der demografische Wandel in Deutschland und die Bedeutung der Generationenarbeit und –Politik auf kommunaler Ebene: Empirische Analyse des Projektes „Generationsübergreifende Agenda für den Landkreis Neumarkt in der Oberpfalz“ mit anschließender Erstellung von Handlungsempfehlungen“ (siehe Fußnote 2)

nach mehreren Abstimmungsgesprächen an die Studentin, Frau Michaela Mayr vergeben.

Mit Beginn der Auftaktveranstaltung und der nachfolgenden ersten drei Workshops war Frau Mayr in die Bearbeitung der Beiträge der Teilnehmer eingebunden und für die Evaluierung der Workshops zuständig.

Hierzu war vorher die notwendige Aufgabenstellung und die Vorgehensweise der wissenschaftlichen Begleitung sowohl hinsichtlich der Themen als auch der Workshopinhalte mit Frau Prof. Dr. Doris Rosenkranz, vorbesprochen und festgelegt worden.

Frau Dr. Rosenkranz begleitete im weiteren die durchführende Studentin Michaela Mayr als Betreuerin bei der Bachelorarbeit zur Erlangung des akademischen Grades „Bachelor of Arts (B. A.) in Sozialer Arbeit.

IV. Die Auftaktveranstaltung am 22.06.2016⁹

Am 22.06.2016 fand im großen Saal des Landratsamtes in Neumarkt i.d.OPf. die Auftaktveranstaltung für die Erarbeitung der Generationsübergreifenden Agenda statt. Es nahmen ca. 80 Fachleute, Bürger und Interessierte teil.

Bei dieser Auftaktveranstaltung, gab der Referent Uwe Amrhein, ehrenamtlicher Vorstand der Stiftung Bürgermut in Berlin und ehemaliger Leiter des Generali Zukunftsfonds, im Rahmen eines Impulsvortrages Einblick in mögliche Zukunftsszenarien. Während der Veranstaltung konnten sich Fachleute, Bürger und Interessierte über die vorgesehenen Workshops informieren, darüber diskutieren und sich anschließend für die angekündigten Workshops zu den verschiedenen Themenbereichen in Listen anmelden.

V. Aufbau und Durchführung der Workshops

1. Grundsätzliche Vorgehensweise bei den Workshops

Um vergleichbare Ergebnisse aus den Workshops zu erhalten wurden alle Workshops nach den folgenden Prämissen abgehalten.

⁹ Fotodokumentation zur Auftaktveranstaltung Generationsübergreifende Agenda am 22.06.2016, einzusehen bei der REGINA GmbH Neumarkt, Dr.-Grundler-Str. 1, 92318 Neumarkt

(Auszug aus der Bachelorarbeit von Michaela Mayr):

Es handelte sich jeweils um einen Ganztagesworkshop, Beginn 9:30 Uhr bis ca. 15:30 Uhr. Diese Zeiten wurden auch eingehalten.

Der Ablauf gestaltete sich wie folgt:

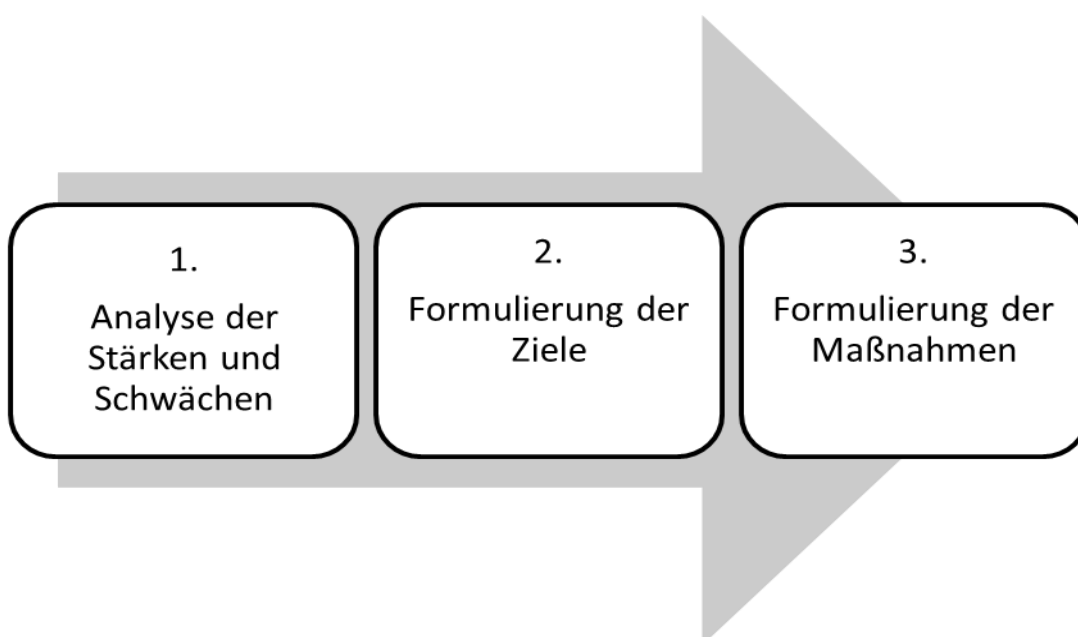
Nach einer kurzen Begrüßung durch die Leiterin der Projektes, Frau Karin Larsen-Lion, Regionalzentrum für das Ehrenamt bei der REGINA GmbH übernahm die Moderatorin Frau Martina Bauer (ebenfalls REGINA GmbH), die Instruktion der Teilnehmer.

Die Veranstaltung gliederte sich immer in drei Arbeitsaufträge, welche in Gruppen erarbeitet wurden und letztendlich der Vorstellung der Ergebnisse im Plenum. In der ersten Arbeitseinheit wurde mit einer Stärken-Schwäche-Analyse (SWOT-Methode) gearbeitet. Es wurden zuerst die aktuellen Stärken und Schwächen im Landkreis in den jeweiligen Handlungsfeldern ermittelt und dann zukünftige Chancen und Risiken erarbeitet.

In der zweiten Arbeitseinheit sollten die Teilnehmer der Gruppen jeweils maximal drei Ziele in ganzen Sätzen formulieren.

Unterziele, die bereits in der Auftaktveranstaltung erarbeitet worden waren, mussten hier dann zugeordnet werden oder wurden in einen zusätzlichen Arbeitsspeicher aufgenommen. Danach wurden diese Ergebnisse im Plenum allen Teilnehmern präsentiert und nochmals diskutiert und ergänzt.

Die dritte Arbeitseinheit wurde dann dazu verwendet, konkrete Maßnahmen und Projekte zu entwickeln, die die Verwirklichung der Ziele ermöglichen sollten. Dabei wurde auch berücksichtigt welche Partner für die Zielerreichung notwendig sind und was auch der Einzelne in seiner Funktion (es waren etliche Fachkräfte bei allen Workshops dabei) beisteuern könnte.



2. Beteiligung bei den Workshops

Insgesamt gaben die Teilnehmer, die überwiegend weiblich waren (67 % Frauen, 33 % Männer) an, dass die einzelnen Themen ausreichend behandelt werden konnten und auch ein Auseinandersetzen mit neu auftkommenden Themen möglich war.

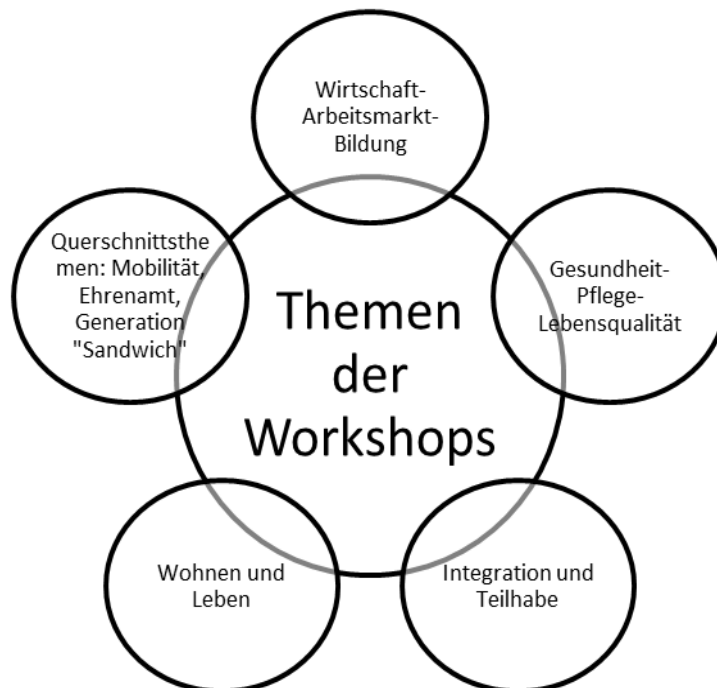
Auch würde ein Großteil der Teilnehmer die Workshops weiterempfehlen, der strukturelle und organisatorische Rahmen wurde durchwegs positiv bewertet.

Auch die weiteren äußeren Umstände wie Räumlichkeiten, zeitlicher Ablauf, Verpflegung, Freundlichkeit und Atmosphäre wurden durchwegs als positiv empfunden. Die Teilnehmer gaben auch an, dass ausreichend Zeit für Diskussionen war.

Für weitere Ergebnisse wird auf die angegebenen Bachelorarbeit verwiesen. (Auszug Ende).

VI. Die Workshops im Einzelnen

Grafische Darstellung:



Grafik Maria Rammelmeier

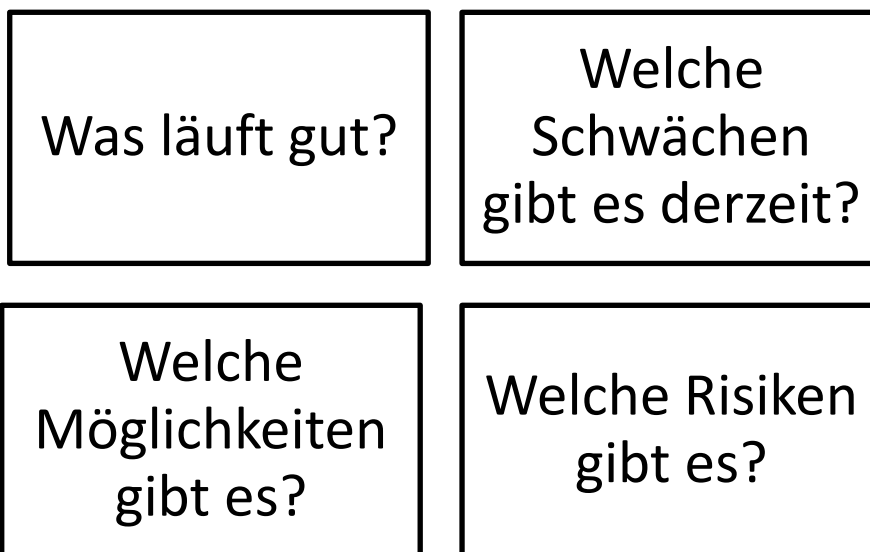
Workshop I ¹⁰

Thema Wirtschaft-Arbeitsmarkt-Bildung am 23.09.2016

An diesem Tagesworkshop nahmen 13 Teilnehmer teil. Es wurden 2 Gruppen gebildet, wobei sich eine Gruppe mit dem Themenbereich Wirtschaft-Arbeitsmarkt und die andere Gruppe mit dem Themenbereich Bildung befasste. Inhaltlich wurde von den Teilnehmern Folgendes erarbeitet:

1. Gruppe Wirtschaft-Arbeitsmarkt

1.1. SWOT-Analyse und nachfolgende Diskussion



Grafik Maria Rammelmeier

Was läuft gut?

- Arbeitslosenquote ist niedrig
- guter Mittelstand
- guter Branchenmix
- langjährige Arbeitsverhältnisse
- Breitbandausbau ist im Werden

Welche Schwächen gibt es derzeit?

- Breitbandausbau ist im Werden aber mögliche Folge: Verlust von Arbeitsplätzen
- Fachkräftemangel in allen Bereichen
- Wegfall von hochqualifizierten jungen Menschen
- in Handwerksberufen zu wenig Lehrlinge
- wenig freier W-Lan-Zugang
- schlechtes Standort-Marketing
- schlechte Nutzung der Metropolregion Nürnberg
- schlechte Flexibilität der Arbeitszeiten

¹⁰ Fotodokumentation Workshop I Wirtschaft-Arbeitsmarkt-Bildung vom 23.09.2016, einzusehen bei der REGINA GmbH Neumarkt, Dr.-Grundler-Str. 1, 92318 Neumarkt

Welche Möglichkeiten gibt es?

- Bewusstseinschaffung für das Leben auf dem Land
- Ausbau der Digitalisierung in ländlichen Gemeinden
- Förderung der Wertschätzung von Handwerksberufen
- Zusammenarbeit von Schulen und Wirtschaft
- Duale Ausbildung stärken
- Leitbild schaffen „Wo will der Landkreis hin“?
- Firmen und Gemeinden müssen zusammen das soziale Netzwerk stärken
- Flexibilisierung der Arbeitsmodelle stärken
- Generationsübergreifenden Erfahrungsaustausch in allen Gruppen
- Patentprojekte wie Leihoma/Opa
- Kommunikation der bestehenden Projekte durch
- Koordination vernetzen

Welche Risiken gibt es?

- Durch Technisierung Verlust von Arbeitsplätzen
- Keiner will mehr handwerklich arbeiten

In der nachfolgenden Diskussion im Plenum ergaben sich dann noch weitere Aspekte wie:

- die Gemeinden im Landkreis sind zu bestimmten Zeiten schlecht mit öffentlichen Verkehrsmitteln zu erreichen
- es gibt wenig Arbeitsplätze für Akademiker, dies ist auch branchenabhängig

1.2. Zielefindung der Gruppe Wirtschaft + Arbeitsmarkt

Aus dieser SWOT-Analyse wurden von der Gruppe Wirtschaft + Arbeitsmarkt folgende zu erreichende Ziele formuliert:

Ziel 1

Im Landkreis wird ein Leitbild geschaffen, das den künftigen „Charakter“ des Landkreises beschreibt.

(Anmerkung unter „Charakter“ wurde definiert, welche zukünftige „Richtungsentwicklung“ der Landkreis Neumarkt nehmen sollte z. B. mehr Tourismus, oder mehr Industriestandort oder mehr ländliche Prägung usw.)

Ziel 2

Firmen und Kommunen bauen zusammen soziale Netzwerke und Infrastrukturen auf.

Ziel 3

Der Landkreis schafft eine Stelle als „Kümmerer für generationsübergreifende Sozialaufgaben“.

1.3. Maßnahmenfindung

Bei der Erörterung welche Maßnahmen sich die Gruppe Wirtschaft + Arbeit für die Umsetzung der oben genannten Ziele vorstellen könnte, wurde folgendes benannt:

Zu Ziel 1:

Im Landkreis wird ein Leitbild geschaffen, das den zukünftigen „Charakter“ des Landkreises beschreibt.

- Evaluierung des vorhandenen Leitbildes
- „Schaffen“ eines Leitbildes
- Verabschiedung des Leitbildes
- In Kraft setzen des Leitbildes
- Kontinuierliche Evaluation, Kontrolle, Fortschreibung

Zu Ziel 2:

Firmen und Kommunen bauen zusammen soziale Netzwerke und Infrastrukturen auf.

- Erstellung einer „Liste“ der dringendsten Infrastrukturmaßnahmen wie IT, Verkehr, Soziale Einrichtungen, etc.
- Schaffen eines Gremiums aus Firmen + Kommunen
- Umsetzungsprozess starten
- Kontinuierliche Evaluierung
- Unternehmerische Sozialverantwortung stärken

Zu Ziel 3:

Der Landkreis schafft eine Stelle als „Kümmerer für generationsübergreifende Sozialaufgaben“.

- Aufgabenbeschreibung der Stelle
- Kreistagsbeschluss für Kümmererstelle
- Mittel zur Verfügung stellen
- Einführung und Akzeptanzförderung der Stelle

1.4. Welche Partner und welcher eigene Beitrag könnten für die Umsetzung der gefundenen Maßnahmen wichtig sein:

Zu Ziel 1:

Im Landkreis wird ein Leitbild geschaffen, das den zukünftigen „Charakter“ des Landkreises beschreibt.

- Externer Partner
- Mindestens 1 Person von jeder Landkreiskommune
- Unternehmensvertreter (IHK, HWK, Unternehmerverbände)
- Fraktionsvertreter des Kreistags
- Kirchen und Verbände
- Bildungseinrichtungen
- Interessierte Bürger

Zu den Zielen 2. und 3:

Firmen und Kommunen bauen zusammen soziale Netzwerke und Infrastrukturen auf und

Der Landkreis schafft eine Stelle als „Kümmerer für generationsübergreifende Sozialaufgaben“.

- Kommune
- Einzelne Firmenvertreter
- Kümmerer

2. Gruppe Bildung

2.1. SWOT-Analyse und nachfolgende Diskussion.

Was läuft gut?

- gutes Angebot an Schulen
- Fachkreis Sozialpädagogische Unterstützung vorhanden
- berufliches Weiterbildungsangebot
- berufliches Ausbildungsangebot
- Bewusstsein für Kinder- und Jugendarbeit vorhanden

Welche Schwächen gibt es derzeit?

- Seniorenbildung keine Pflichtaufgabe der Gemeinden
- Hauptamtlicher Kümmerer für Ehrenamtliche fehlt
- Familienpolitik der Betriebe zu wenig

Welche Möglichkeiten gibt es?

- Ausbau Seniorenweiterbildungsmöglichkeiten
- Verstetigung von Maßnahmen
- Verstärkung der Kinder- und Jugendarbeit
- Bildung der Neubürger forcieren
- politische Bildung für Alle
- Umdenken für Verantwortlichkeit

Welche Risiken gibt es?

- Finanzielle Mittel von Kommunen fehlen
- Demografische Verschiebung der Bildung
- künftige Versorgung der Senioren mit Bildung

2.2. Zielefindung der Gruppe Bildung

Ziel 1

Installieren eines hauptamtlichen Quartiersmanagers für jede Kommune.

Ziel 2

Die Quote familienfreundlicher Betriebe steigt.

Ziel 3

Finanzielle Voraussetzung für Ziele 1 und 2 sind geschaffen.

2.3. Maßnahmenfindung

Bei der Erörterung welche Maßnahmen sich die Gruppe Bildung für die Umsetzung der oben genannten Ziele vorstellen könnte, wurde folgendes benannt:

Zu Ziel 1:

Installieren eines hauptamtlichen Quartiersmanagers für jede Kommune.

- Seminar
- Beachtung Konzept -Generationenübergreifende Agenda-
- Stelle schaffen

Zu Ziel 2:

Die Quote familienfreundlicher Betriebe steigt.

- Informationsveranstaltungen
- Pilotprojekt in einer Kommune

Zu Ziel 3:

Finanzielle Voraussetzung für Ziele 1 und 2 sind geschaffen.

- Verabschiedung des Konzeptes
- (Geld)Topf über Kreisumlage

2.4. Welche Partner und welcher eigene Beitrag könnten für die Umsetzung der gefundenen Maßnahmen wichtig sein:

Zu den Zielen 1.-3.

-Installieren eines hauptamtlichen Quartiersmanagers für jede Kommune.

-Die Quote familienfreundlicher Betriebe steigt.

-Finanzielle Voraussetzung für Ziele 1 und 2 sind geschaffen.

- Sozialverbände
- Bürgermeister
- Gemeinderäte
- Landrat
- Kreistag
- Jobcenter
- ARGE
- Heimische Betriebe
- Vereine + Verbände
- IHK, HWK
- Berufsverbände
- Wirtschaftsförderung
- Familienzentrum
- Kirche
- Ministerien (Förderprogramme)
- Firmen
- Landkreis
- Kommunen

In der nachfolgenden Diskussion im Plenum ergaben sich zusätzlich als personenzogene Voraussetzung für ein lebenslanges Lernen:

- loslassen lernen
- bereits früh bis zum hohen Alter lernen
- Beschäftigung in der Rente
- sich seiner selbst bewusst sein.

Workshop II¹¹

Thema Gesundheit-Pflege-Lebensqualität am 22.10.2016

An diesem Tagesworkshop nahmen 18 Teilnehmer teil. Es wurden 2 Gruppen gebildet, wobei sich die eine Gruppe mit dem Themenbereich Gesundheit und die andere Gruppe mit dem Themenbereich Pflege befasste.

Das Thema Lebensqualität wurde von beiden Gruppen mit berücksichtigt.

Inhaltlich wurde von den Teilnehmern erarbeitet:

1. Gruppe Gesundheit SWOT-Analyse und nachfolgende Diskussion

1. 1. SWOT-Analyse und nachfolgende Diskussion

Was läuft gut?

- Gesundheitskurse (Altenkurse/Gymnastik/Bewegung)
- Tagespflege/Demenz
- Betreuungsgruppen

Welche Schwächen gibt es derzeit?

- Transport zu den Kursen/Angeboten vor allem in ländlichen Regionen
- hausärztliche Versorgung
- Krankenhauskeim

Welche Möglichkeiten gibt es?

- Akzeptanz psychischer Erkrankungen
- Behandlungsangebote im sicheren Internet
- Koordination ärztlicher Behandlungen
- Online gestützte Terminvergabe
- mehr Tages-/Nachtpflegeplätze
- Kochen reihum mit Coach
- Senioren/-Breitensport mit gesellschaftlicher Anknüpfung
- Anreizsystem (Belohnung)
- Bonus für Vereine mit aktiver Seniorenarbeit
- Speiseangebot seniorengerecht in der Gastronomie
- generationsübergreifendes gemeinsames Kochen
- beim Renteneintritt neue Horizonte für Ehrenamt öffnen
- „Gesundheitsbörse“ landkreisweit

¹¹Fotodokumentation Workshop II Gesundheit-Pflege-Lebensqualität am 22.10.2016, einzusehen bei der REGINA GmbH Neumarkt, Dr.-Grundler-Str. 1, 92318 Neumarkt

Welche Risiken gibt es? -Datenschutz
-Stadt-Land-Gefälle
-fehlende Anknüpfungspunkte

In der nachfolgenden Diskussion im Plenum ergaben sich dann noch weitere Aspekte wie:

-die Gemeinden im Landkreis sind zu bestimmten Zeiten schlecht mit öffentlichen Verkehrsmitteln zu erreichen
-es gibt wenig Arbeitsplätze für Akademiker, dies ist auch branchenabhängig

1.2. Ziele der Gruppe Gesundheit

Ziel 1

Kommunale Angebote zur Verbesserung der (Haus-) ärztlichen Versorgung schaffen (Räumlichkeiten, EDV, Transport).

Ziel 2

Breitensport- und Ernährungsangebote in den Kommunen schaffen.

Ziel 3

Kommune muss Stelle(n) Ansprechpartner für Ehrenamt und Minijobs schaffen

1.3. Maßnahmenfindung der Gruppe Gesundheit

Zu Ziel 1:

Kommunale Angebote zur Verbesserung der (Haus-) ärztlichen Versorgung schaffen (Räumlichkeiten, EDV, Transport).

- Bestandsanalyse und Zielformulierung (Räumlichkeiten, EDV, Transport)
- Kommunaler Maßnahmenplan

Zu Ziel 2:

Breitensport- und Ernährungsangebote in den Kommunen schaffen-

- Breitensport- und Ernährungsangebote in den Kommunen schaffen (finanzieller Bonus, finanzielle Unterstützung).
- Bestandsanalyse und Zielformulierung
- Partnerschaft Seniorenheim-Schule-Kiga

Zu Ziel 3:

Kommune muss Stelle(n) Ansprechpartner für Ehrenamt und Minijobs schaffen

- Beschluss Gemeinde/Stadtrat Ansprechpartner für Ehrenamt und Minijobs schaffen
- Minijobcoach:
- Angebot erstellen
- Begleitung der Ausführung
- Permanente Hilfestellung

1.4. Welche Partner und welcher eigener Beitrag könnten für die Umsetzung der gefundenen Maßnahmen wichtig sein:

Bei der Erörterung, welche Partner und welcher eigene Beitrag geleistet werden könnten, wurde folgendes benannt:

Zu Ziel 1

Kommunale Angebote zur Verbesserung der (Haus-) ärztlichen Versorgung schaffen (Räumlichkeiten, EDV, Transport).

Partner

- Kassenärztliche Vereinigung
- Kommunen

Eigener Beitrag:

Beratung, wenn fachlicher Hintergrund vorhanden ist.

zu Ziel 2

Breitensport- und Ernährungsangebote in den Kommunen schaffen (finanz. Bonus)

Partner

- Krankenkassen
- Sportvereine
- Amt für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten
- Potentielle Fördertöpfe
- Fitnessstudio
- Reha-Zentren
- Schulen
- Kindergärten
- Senioreneinrichtungen

Eigener Beitrag

- Sponsorenakquise
- Bereitschaft zum Ehrenamt
- Multiplikator der Idee

zu Ziel 3

Kommunale Aufgabe: Ansprechpartner für Ehrenamt und Minijobs schaffen

Partner

- Betriebe
- Sozialverbände
- Agentur für Arbeit
- Freiwilligenagentur Neumarkt

Eigener Beitrag

Nachbarschaftshilfe

2. Gruppe Pflege + Lebensqualität

2.1. SWOT-Analyse und nachfolgende Diskussion

Was läuft gut?

- Umdenken für neue Prozesse
- Nachbarschaftshilfen
- Klinikpaten
- Stationäre Palliativversorgung
- ambulante Tagespflege durch Sozialstationen

Welche Schwächen gibt es derzeit?

- zu wenig Tagespflegeplätze
- zu wenig Kurzzeitpflegeplätze
- Pflegedienste dürfen nur Festangestellte beschäftigen
- zu wenig bezahlbare Haushaltshilfen
- zu wenig Miteinander
- zu wenig Heimplätze

Welche Möglichkeiten gibt es?

- mehr Tagespflege, mehr Kurzzeitpflegeplätze schaffen
- Aktualisierung der Altenpflegeplanung
- Gesundheitsförderung + Prävention stärken
- lebenslang arbeiten = lebenslang tätig sein
- Pflegeplätze für junge Behinderte schaffen
- Pflichtaufgabe der Kommunen / LKR
für einen generationsübergreifenden (Kümmerer)
bzw. Sozialraumkoordinator und somit mehr Transparenz
der angebotenen Dienste
- Forcierung der Ausbildung des Pflegepersonals
- Steuergesetze müssen für ehrenamtliche Hilfen
gelockert werden (Übungsleiterpauschale, Minijob etc.)

Welche Risiken gibt es? -Abwälzen auf das Ehrenamt, weil notwendige Pflege durch Fachpersonal zu teuer ist.
 -zu wenig Pflegepersonal, zu wenig Einkommen, keine Anerkennung
 -Pflege von behinderten Erwachsenen in Altenheimen

In der nachfolgenden Diskussion im Plenum ergaben sich dann noch weitere Fragen und Aspekte wie:

- Aufbau einer Nachtpflege ist notwendig
- Wie sieht die fachärztliche Versorgung im Landkreis aus?
- Zu geringe Quote von Fachärzten, zu große Entfernungen, Monopolstellungen der Fachärzte in Ärztezentren.
- Welche Möglichkeiten hat eine Kommune Hausärzte ins Gemeindegebiet zu holen?

Problem Ärzttekammer hat mitzureden.
 Gibt es Möglichkeiten die Wettbewerbssituation zu verbessern?
 z. B. mietfreie Praxisräume anbieten.

- Dorfläden für gesunde Ernährung, Bioprodukte, Produkte aus der Region etc.
- Aktualisierung der Altenpflegeplanung in einem zeitlichen Abstand von 5 Jahren.

Nachträglich wurde nach dem Workshop schriftlich von einem Teilnehmer des Workshops II folgende Gedanken mit Bitte um nichtnamentliche Ergänzung vorgebracht (Zitat):

„Wir müssen versuchen, Pflegebedürftigkeit zu vermeiden bzw. so lange es geht hinauszuzögern. Es braucht eine Prävention von Pflegebedürftigkeit. Dazu gibt es auch im deutschsprachigen Raum gute Ansätze wie das von mir erwähnte Pilotprojekt "Gemeindeschwester plus" welches derzeit in Rheinland-Pfalz läuft.“

*„Zum Punkt ambulante Versorgungsleistungen:
Es müssen auch die privaten Anbieter ambulanter Pflegeleistungen mit einbezogen werden. Es gibt in Neumarkt bereits private Anbieter (z.B. Harmonica). Kleinere Anbieter, die sich auf dem "Markt" behaupten wollen, müssen meines Erachtens innovativ und dynamisch sein. Solche Tugenden sind dringend gefordert, wenn es um eine Verbesserung der Versorgungsstrukturen insgesamt geht. Ich denke da ist viel Know-how da und das sollte man nutzen.“*

2.2. Ziele der Gruppe Pflege + Lebensqualität

Ziel 1:

Zeitlich früheres Verfolgen der Zielerreichung „Ambulant vor Stationär“.

Ziel 2:

Die soziale Ver-/Umsorgung der Menschen in allen Lebensphasen muss eine kommunale Pflichtaufgabe werden.

(Anmerkung: Abgrenzung zu den Pflichtaufgaben, Aufgabenübertragung aus denen sich konkrete Aufgaben ergeben, Inhaltliches Füllen der allumfassenden Aufgabe der „Daseinsfürsorge“.)

Ziel 3:

Stärkung des Bewusstseins für ein soziales Miteinander.

2.3. Maßnahmenfindung der Gruppe Pflege + Lebensqualität

Bei der Erörterung welche Maßnahmen sich die Gruppe Gesundheit für die Umsetzung der oben genannten Ziele vorstellen könnte, wurde folgendes benannt:

Zu Ziel 1

Zeitlich früheres Verfolgen der Zielerreichung „Ambulant vor Stationär“.

- Gezielte Öffentlichkeitsarbeit
- Pflegestützpunkte nach SGB einrichten
- Kommunalfinanzierte Anreize für barrierefreien Umbau schaffen
- Bauempfehlungen für barrierefreies Bauen aussprechen
- Ausbau von -Tagespflege-(ambulanter) Kurzzeitpflege-Nachtpflege

Zu Ziel 2:

Die soziale Ver-/Umsorgung der Menschen in allen Lebensphasen muss eine kommunale Pflichtaufgabe werden.

- Einen Familiengesundheitspfleger pro Gemeinde einrichten
- Regelmäßige Fortschreibung der Bedarfsplanung für Pflegeeinrichtungen
- Gesetzesänderungen bei Gemeindeordnung, LKR-Ordnung, etc. + Datenschutz
- Einen hauptamtlichen „Sozialkümmerer“ pro Gemeinde und im Landkreis

Zu Ziel 3:

Stärkung des Bewusstseins für ein soziales Miteinander.

- Räume schaffen oder Räume zur Verfügung stellen für Alle zum „Treffen“
- Projekte schaffen, die das „Miteinander“ zum Inhalt haben

2.4. Welche Partner und welcher eigene Beitrag könnten für die Umsetzung der gefundenen Maßnahmen wichtig sein:

Zu Ziel 1:

Zeitlich früheres Verfolgen der Zielerreichung „Ambulant vor Stationär“.

Partner:

- VHS
- Bildungseinrichtungen
- Presse, Medien
- Wohlfahrtsverbände
- Private Anbieter (z.B. harmonica)
- Sozialverbände
- Krankenkassen
- LRA, Gemeinden

Eigener Beitrag:

- Vorträge halten
- Vernetzen
- Beispiele aufzeigen
- Wissenstransfer
- Hartnäckig sein. Vorbild sein.

Zu Ziel 2:

Die soziale Ver-/Umsorgung der Menschen in allen Lebensphasen muss eine kommunale Pflichtaufgabe werden

Partner:

- Wohlfahrtsverbände
- Sozialverbände
- Sozialdienste
- Gesetzgeber
- Landkreis
- Kommunen
- Politiker
- Bürger

Eigener Beitrag: wie bei Ziel 1

Zu Ziel 3:

Stärkung des Bewusstseins für ein soziales Miteinander.

Partner:

- Kommunen
- Kirchen
- Vereine

- Schulen
- Bürger
- „Sozialkümmerer“

Eigener Beitrag: wie bei Ziel 1

Workshop III¹²

Thema Integration und Teilhabe am 03.02.2017

An diesem Workshop nahmen 24 Personen teil.

Es wurde eine Diskussion vorgeschaltet, weil nicht klar ersichtlich war, was unter den Begriffen „Integration“ und „Teilhabe“ von den Mitwirkenden verstanden wurde.

Folgende Definitionen bzw. Begriffserklärungen wurden benannt und diskutiert:

Teilhabe und
Integration

bedeuten: Jede Person kann in allen Lebensbereichen mitmachen
(Kultur, Sport, Arbeit, Gesellschaftsleben, Bildung, Freizeit
Politik, Gemeindeleben, Religion, Arbeitsmarkt)

Medizinische Versorgung für alle Generationen

Zugang zu Angeboten und Ressourcen für alle, gerechte Verteilung

Barrierefreiheit

Mitgestaltung und Beteiligung

Kommunikation und Miteinander der Generationen und Lebensformen

Aktives akzeptiertes Mitglied des gesellschaftlichen Lebens

Rollenverständnis

In der anschließenden Diskussion ergaben sich dann noch folgende Aspekte:

Teilhabe

Teilhabe wird als aktives Tun empfunden, während Inklusion, dieser Begriff wurde dann noch eingeführt, eher als passives Nehmen gesehen wird.

Es wurde festgestellt, dass Teilhabe von außen abhängig ist, also eine Teilhabe nur möglich ist, wenn vorher entsprechende Angebote zur Verfügung stehen.

¹² Fotodokumentation Workshop III Integration und Teilhabe am 03.02.2017, einzusehen bei der REGINA GmbH Neumarkt, Dr.-Grundler-Str. 1, 92318 Neumarkt

Aktive Teilhabe wurde verstanden wenn in folgenden Lebensbereichen alle Menschen mitmachen können:

- Kultur
- Sport
- Arbeit
- Gesellschaftsleben
- Bildung
- Freizeit
- Politik
- Gemeindeleben
- Religion
- Medizinische Versorgung

Man sollte durch Teilhabe erreichen können, dass man ein aktives, akzeptiertes Mitglied des gesellschaftlichen Lebens sein darf und man sich klar für eine „Rolle im gesellschaftlichen Leben“ entscheiden kann.

Hier sollte jeder Teilhabe haben können an:

- (Aus-) Bildung
- Ehrenamt
- Gemeinschaft
- Religion
- Sport, Vereinsleben
- Politik
- Kultur

Integration und Inklusion

Von einer „inkluisiven Gesellschaft“ kann dann gesprochen werden, wenn Angebote für jeden Menschen vorhanden sind, also eine Integration gar nicht mehr nötig ist. Dies wäre die Idealvorstellung einer Gesellschaft. Es müssen Wege aufgezeigt werden, die zu einer inklusiven Gesellschaft führen. Unterschiede gehören zu einer Gesellschaft hinzu.

Aufgrund dieser Diskussionen vereinbarten die Teilnehmer des Workshops, dass zwei Arbeitsgruppen mit den folgenden Bezeichnungen durchgeführt werden:

- 1. Integration und Teilhabe aus der Sicht der Gesellschaft.**
- 2. Integration und Teilhabe aus der Sicht der Betroffenen**

1. Gruppe Integration und Teilhabe aus Sicht der Gesellschaft

1. 1. SWOT-Analyse und nachfolgende Diskussion

Was läuft gut?	-Bereitschaft für Integration – seitens der Gesellschaft – ist gewachsen -Kirchliches Engagement für zu integrierende Menschen -Ehrenamtliches Engagement für Integration
----------------	---

- Beginnender Bewusstseinswandel im Sinne der Demografie
- Finanzielle Förderung für Asylbeantragung
- Wachsende Vernetzung der Integrationshelfer

Welche Schwächen gibt es derzeit?

- Hohe Bürokratie für Fördermittel
- Teilhabe ist auch Verantwortung! – die Bereitschaft dazu wird oft verhindert
- Verlagerung von Integrationsaufgaben von Landkreis u Kommune auf die Kirche bzw. Caritas oder Diakonie u.a.
- Vorausschauende Politik für Integrationsprobleme
- Integration von Menschen kontra Flüchtlingsproblem
- Zersplittertes ehrenamtliches Beauftragten-System ist oft nicht zielführend
- Integration ist teilweise nicht erwünscht
- Ehrenamt ist themenabhängig
- Angebot für Ehrenamtsprojekte
- Politischer Leitfaden/ Leitbild für Integrationshelfer/ -hilfen

Welche Möglichkeiten gibt es?

- Zersplittertes Beauftragtenwesen vernetzen/ koordinieren bzw. bündeln auf eine Stelle im Landkreis und pro Kommune
- Erstellen von politischen Leitbildern + Leitfaden zur Integration
- Mediale Aufarbeitung positiver Integrationserfahrungen
- Vernetzung und Betreuung (Bildung, Präsentation) von Integrationshelfern
- Stärkung der Ehrenamtstätigkeit in der Gesellschaft
- Förderung der Verantwortungsübernahme in der Gesellschaft
- Einbindung von potentiellen Partnern wie Unternehmen, Gemeinschaften
- Bewusstseinsbildung bei Politik und Bürger (Integration ist nicht nur Asylthema)
- Interkommunaler Informationsaustausch (Kommunen und Landkreis)

Welche Risiken gibt es?

- Eine Beauftragtenkoordination verhindert ehrenamtliches Engagement
- Passivität des Betroffenen verhindert Integration

1.2. Ziele der Gruppe Integration und Teilhabe aus Sicht der Gesellschaft

Ziel 1

Schaffung einer inklusiven Gesellschaft

Ziel 2

Erstellen eines Leitbildes für Integrationsarbeit im Landkreis mit Evaluationsverpflichtung

Ziel 3

Schaffung einer hauptamtlichen Stelle für Koordination, Betreuung und Vernetzung von Ehrenamtsarbeit

1.3. Maßnahmen

Gruppe Integration und Teilhabe aus der Sicht der Gesellschaft

- „Integrationsleitbild/-faden“
- Generationenübergreifendes Leitbild → Landkreis
- Leitbildevvaluationen
- Bereitstellung finanzieller Mittel und Verständnis
- Bewusstseinsbildung bei Alt und Jung
z. B. in der Schule, in der Erwachsenenbildung
- Integration
- Mitverantwortung
- Mitarbeit
- Vernetzung
- Politische Programme
- Medien
- Beispielhaftes Vorleben im Landratsamt + Kommunen

1.4. Partner

Gruppe Integration und Teilhabe aus der Sicht der Gesellschaft

- Politik
- Mandatsträger im Landkreis
- Mandatsträger in den Kommunen
- Verwaltung im Landratsamt und den Kommunen
- Kirchen
- Parteien
- Unternehmen
- Mitbürger
- Vereine
- Verbände
- Medien
- Zu integrierende Menschen

1.5. Eigener Beitrag

Gruppe Integration und Teilhabe aus der Sicht der Gesellschaft

- Ständiges Querulamentum
- Durch Diskussion in Familie und Gesellschaft Bewusstsein schaffen
- Mitarbeit im öffentlichen Leben
- Mitarbeit bei „Integrationshelfern“
- Einbringen der persönlichen Kompetenz im Ehrenamt
- Bewusstseinsbildung: Motto „Ich bin dann mal Du“
- Kontakt zu Medien
- Kontakt zu Mandatsträgern vor Ort + im Landkreis
- Mitwirkung bei Erstellung von öffentlichen Leitbildern

2. Gruppe Integration und Teilhabe aus Sicht der Betroffenen

2.1. SWOT-Analyse und nachfolgende Diskussion

Was läuft gut?

- Rufbus (Hohenfels)
- neue Initiativen und Projekte
- Arbeitsprojekte TGZ Neumarkt (Teilhabe)
- Betreutes Wohnen zu Hause
- politischer Ansprechpartner vorhanden
- Interessengemeinschaften in Dörfern
- Vielfältige Angebote vorhanden

Welche Schwächen gibt es derzeit?

- fehlender Wohnraum (barrrierefrei)
- bezahlbarer Wohnraum für sozial Schwächere und Flüchtlinge
- Koordination und Ansprechpartner
- Konzentration von Angeboten auf Stadt Neumarkt
- Integration und Inklusion kostet
- vielfältige Barrieren
- sprachliche Barrieren
- Barrieren im Kopf sind vorhanden
- Ehrenamt ist themenabhängig

Welche Möglichkeiten gibt es?

- individuelle Sichtweise ist nötig
- Ehrenamt fördern
- was benötigen die Zielgruppen/Individien (abfragen)
- Versorgungsstrukturen anpassen
- Vereine, Kultur müssen offener werden
- Ansprechpartner für Fragen der beruflichen Zukunft u. Grenzfälle
- Aufklärung aus der Perspektive der Betroffenen
- Förderung einer positiven Grundhaltung den Menschen gegenüber
- Entwicklung einer sozialen Gesellschaft
- Inklusive Angebote fördern
- Grenzen zwischen Randgruppen und „normalen Menschen“ abbauen

Welche Risiken gibt es?

- Stigmatisierung
- Überforderung der Betroffenen
- Überforderung der Nichtbetroffenen

2.2. Ziele der Gruppe Integration und Teilhabe aus Sicht der Betroffenen

Ziel 1

Nachhaltige Umsetzung eines erarbeiteten Leitbildes (Agenda) mit Evaluationszwang.

Ziel 2

Unabhängige hauptamtliche Vermittlungsstelle für gesellschaftliche Belange für den Landkreis.

Ziel 3

Definition und breite Beteiligung der Zielgruppen um diese für entsprechende Projekte zu befähigen.

2.3. Maßnahmenfindung

Gruppe Integration und Teilhabe aus der Sicht der Betroffenen

- Verbindlichkeit des Leitbilds in den Entscheidungsgremien
- Leitbild in Gesellschaft und Gremien bekannt machen
- Presse auf Projekt aufmerksam machen
- Einbezug der Zielgruppen durch Ansprechen, Befragen, Informieren
- Kooperationen eingehen
- Fördermittel beschaffen

2.4. Partner

Gruppe Integration und Teilhabe aus der Sicht der Betroffenen

- Politik
- Institutionen
- Wohlfahrtsverbände
- Presse
- Medien
- Kirchen
- Behörden
- Gremien
- Parteien
- Betroffene
- Soziale Einrichtungen
- Banken
- Lions Club, ...

2.5. Eigener Beitrag

Gruppe Integration und Teilhabe aus der Sicht der Betroffenen

- Multiplikator sein
- Persönliche Assistenz

2. 6. Diskussion im Plenum

Anschließend ergaben sich im Plenum nach Vorstellung der erarbeiteten Ziele, Maßnahmen, Partner und eigener Beitrag noch eine lebhafte Diskussion mit folgenden Inhalten aller Teilnehmer:

Als Hintergrundinformation wurde vor der Diskussion noch seitens einer Fachfrau folgendes bekannt gegeben:

Das Thema –Inklusion- wird seit dem „Übereinkommen über die Rechte von Menschen mit Behinderungen gemäß der UN-Behindertenrechtskonvention (beschlossen von der Generalversammlung der Vereinten Nationen im Dezember 2006 – in Kraft getreten im Mai 2008) diskutiert und bearbeitet.

Inklusion ist eigentlich das zu erreichende Endergebnis aus Teilhabe und Integration und **jetzt** Aufgabe der Kommunen

Danach entwickelte sich die Diskussion –zu Schlagwörtern zusammengefasst- wie folgt:

- Herunterbrechen der hauptamtlichen Stelle im Landkreis auf jede Kommune
- „Sozialraumkoordinator“ für den „Sozialraum“ – Direktes Umfeld jedes Menschen
- Gemeinwesenarbeit/Quartiersarbeit auf neue Füße stellen
- Sanktionen bei Verweigerung, deutsch zu lernen. Nach dieser Aussage wurde länger diskutiert und als bessere Variante dann gefunden:
- Gründe suchen, warum Sprachkurse nicht besucht werden.
- Fördermittel beschaffen allein genügt nicht → auch Fördermittel kreieren (Ministerien, Regierung, ...) und damit neue Projekte anstoßen bzw. konkrete Projekte an Förderstellen weitergeben und damit Fördermittel erlangen

Als Ergebnis waren sich die Teilnehmer am Ende dieses Workshops einig, dass Inklusion als gesellschaftspolitische Aufgabe alle Teile der Bürgergesellschaft betrifft.

Workshop IV¹³

Thema Wohnen und Leben am 24.03.2017

An diesem Tagesworkshop nahmen 26 Teilnehmer teil. Es wurden 2 Gruppen gebildet, wobei sich die eine Gruppe mit dem Themenbereich Wohnen und die andere Gruppe mit dem Themenbereich Leben befasste.

Unter dem Begriff Wohnen sollten die Voraussetzungen für Wohnmöglichkeiten im Alter und auch die tatsächlich notwendigen Gegebenheiten des Umfeldes erarbeitet werden.

Beim Stichpunkt Leben ging es um hauptsächlich ambulante Hilfestellen, die das Alltagsleben des älteren und behinderten Menschen unterstützen können.

Inhaltlich wurde von den Teilnehmern Folgendes erarbeitet:

¹³ Fotodokumentation Workshop IV Wohnen und Leben am 24.03.2017, einzusehen bei der REGINA GmbH, Dr.-Grundler-Str. 1, 92318 Neumarkt

1. Gruppe Wohnen

1.1. SWOT-Analyse und nachfolgende Diskussion

Was läuft gut? -WAB – ehrenamtliche Wohnungsanpassungsberatung
-Ehrenamt
-Pflegedienste
-Technik
-Meist im eigenen Haus
-Nachbarschaftshilfe
-Hausnotruf
-Private Besuchsdienste
-Handwerksbetriebe stellen sich auf Bedürfnisse ein:
barrierefrei, Beratung etc.

Welche Schwächen gibt es derzeit? -Wohnraumanpassungsberatung zu wenig bekannt
-Nur Ehrenamt
-Kein Kreissenorenamt
-Zu wenig altersgerechte Wohnungen
-Barrierefreie Bauplanung fehlt
-Missachtung der Normen
-Fehlende staatliche Unterstützung
-Private Besuchsdienste fehlen am Land
-Reduzierte Dokumentation für Kurzzeitpflege
-Ansprechpartner vor Ort
-Kein Anspruch auf einen Heimplatz

Welche Möglichkeiten gibt es? -Wohnungstauschbörse
-Senioren-WG
-Ambulante Betreuung
-Verbleib im gewohnten Umfeld
-Kreissenorenamt installieren
-Bürokratieabbau
-Sozialen Wohnungsbau ausbauen

Welche Risiken gibt es? -Wohngemeinschaft funktioniert nicht
-Fehlende Gebäude für Wohngemeinschaften
-Vereinsammung
-Fehlende Moderation (bei Gemeinschaftswohnprojekten)
-Finanzieller Rahmen

1.2. Ziele der Gruppe „Wohnen“

Ziel 1

Im Landratsamt soll bis 2019 ein Kreissenorenrat installiert sein.

Ziel 2

In jeder Kommune soll bis 2021 ein qualifizierter „Sozialraumkoordinator“ hauptamtlich installiert werden.

Ziel 3

Im Jahre 2020 muss die Bevölkerung inklusive Wohnformen kennen.

1.3. Maßnahmenfindung

zu Zielen 1 bis 3

- Einfordern des Seniorenpolitischen Gesamtkonzepts
- Verankern in der Generationenübergreifenden Agenda
- Veranstaltungen durchführen
- Demonstrationen für gesetzliche Verankerung der Seniorenpolitik
- Stellenbeschreibung „Sozialraumkoordinator“
- Geld beschaffen
- „Häuserfahrten“ zum Kennenlernen von Wohnformen

1.4. Partner und eigener Beitrag

(In dieser Gruppe wurde nicht unterschieden zwischen Partner und eigener Beitrag)

- Verweis auf andere Kommunen
- Teilnahme an entsprechenden Demonstrationen
- Parteipolitiker ansprechen
- darüber reden
- Im Landratsamt nachfragen
- Bürgermeister + Gemeinderäte ansprechen
- In Bürgerversammlungen dieses Thema ansprechen

Zusätzlich wurden von dieser Gruppe nach der SWOT-Analyse diskutiert (Schlagwortmäßige Aufzählung):

- Begriff „Behinderung“ auch Einschränkungen jeder Art mit einbeziehen
- „Seniorenachmittag“: eher inklusive Bezeichnung, ohne „Senioren“ im Titel als Begriff „Einschränkung“ statt Behinderung verwenden
- **Alternative Wohnformen**
 - Was ist möglich?
 - Was gibt es bereits?
 - Mehrgenerationenwohnen – hier v.a. auch Jugendliche und junge Erwachsene mit einbeziehen
 - WGs für junge Erwachsene unterstützen
 - Best practice: „Gemeinsam leben lernen e. V.“
z.B. Rudi Sack, München - <http://info.gll-muenchen.de> als Modell auch für Neumarkt
 - Modellprojekte für alternative Wohnformen aufzeigen
 - Bewusstseinsbildung für alternative Wohnformen, angelehnt an Untermieter/ „Arbeitswohnungen“, bzw. „Monteurswohnungen“ im Landkreis

2. Gruppe Leben

2.1. SWOT-Analyse und nachfolgende Diskussion

Was läuft gut?	<ul style="list-style-type: none">-Aktive Senioren: unser Gold-Immer mehr Nachbarschaftshilfen im Landkreis entstehen
Welche Schwächen gibt es derzeit?	<ul style="list-style-type: none">-Relativ viele ältere Mitarbeiter bei den ehrenamtlichen Projekten-Wenig Kapazitäten (zeitlich) für das Ehrenamt vor allem für die Jugend und Arbeitende-Immer noch fehlendes Bewusstsein für Gemeinschaft-Einseitige Nachfragen an die Nachbarschaftshilfen (z.B.Fahrdienst)
Welche Möglichkeiten gibt es?	<ul style="list-style-type: none">-Seniorenarbeit als Gesetzliche Pflicht, daher zwingende Forderung zur Koordination des Sozialraums durch professionelle Organisation-Zeitliche und finanzielle Ressourcen für Ehrenamtliche-Zeitliche und finanzielle Ressourcen für Sozialträger-Schaffung von Bewusstsein für Gemeinschaft-Nutzung neuer Medien für Hilfen-„Wirtshaus“ (als Synonym für Orte für Treffen)-Jeder Ort braucht einen „Marktplatz“ für den sich jede verantwortlich fühlt-Natürliche Treffpunkte unterstützen
Welche Risiken gibt es?	<ul style="list-style-type: none">-„Ausbluten“ des „Ehrenamts“-Ausruhen der Politik auf dem Ehrenamt-Zu viel Verantwortungsübertragung auf das Ehrenamt

2.2. Ziele der Gruppe Leben

Ziel 1

Ab 2019 ist ein hauptamtlicher Bereich „Sozialraumkoordination“ auf Landkreisebene geschaffen

Ergänzung nach Diskussion:

Der Stellenschlüssel dieser Stelle orientiert sich an der noch festzulegenden Bevölkerungszahl.

Diese Koordinierungsstelle ermöglicht Teilhabe für Menschen mit Unterstützungsbedarf jeglichen Ursprungs.

Als Alternative wurde formuliert:

Finanzielle kommunale Mittel, um eine solche Stelle auch außerhalb des Landratsamtes schaffen zu können.

Ziel 2

Der Kreistag verpflichtet sich, die Generationsübergreifende Agenda als Leitlinie künftiger Entscheidungen heranzuziehen.

Ziel 3

Ein Beirat, bestehend aus Personen die sich mit dem Sozialraum beschäftigen, wird installiert. Dieser kontrolliert und evaluiert jährlich den Grad der Umsetzungen. Nach 3 Jahren erfolgt eine Überprüfung auf Kreistagebene.

Nach dem Vorstellen der Ziele wurden im Plenum Nachfrage zu diesen Ziele wie folgt diskutiert und dann klargestellt:

Mit Hilfe der Presse und öffentlicher Darstellungen sollte Druck auf die Politik ausgeübt werden.

Könnte der Kreistag als Kontrollinstanz für die Umsetzung der Generationsübergreifenden Agenda wirken? Eine Kontrolle kann auch durch die Öffentlichkeit entstehen.

Warum soll ein Beirat als „geschlossenes“ System gestaltet sein, es sollten sich doch alle Bürger einbringen. Der Beirat soll alle Bereiche des Sozialraums repräsentieren, er ist nicht nur ein gewähltes Gremium, ähnlich dem Bürgerrat oder Ältestenrat.

Warum soll kein „Generationenamt“ auf Landkreisebene installiert werden?

Dieses Amt gibt es ansatzweise im Jugendbereich bereits.

Vielleicht ergeben sich zusammen mit dem Seniorenamt mit der Zeit Synergien.

Man sollte „Best practice“ aus anderen Landkreisen hinsichtlich der Umsetzungen „Seniorenpolitisches Gesamtkonzept“ kennenlernen.

2.3. Maßnahmenfindung

In dieser Gruppe wurden die Maßnahmen als durchzuführender Plan in folgenden aufeinanderbauenden Schritten für alle drei Ziele erarbeitet:

- Klare Forderungen im Leitbild definieren (überprüfbar, messbar, terminiert)
- Absichtserklärung (Leitbild mit Zielen)
- Beschluss im Kreistag, vor der Sitzung im Gesamtkreistag sollte das Thema in einem Ausschuss (z. B. Soziales) entsprechend vorbereitet werden.
- Bildung eines Gremiums aus den Workshopteilnehmern + REGINA GmbH
- Vorbereitung und Formulierung der Beschlussvorlage
-Anträge zur Umsetzung ins Leitbild
- Umsetzung begleiten
- Gründung eines Beirats

2.4. Partner und eigener Beitrag

- Multiplikatoren

- Kreistag
- Beirat
- REGINA GmbH
- Parteien
- Verbände
- Presse
- Kirchen
- Ämter & Verwaltung

Workshop V Querschnittsthemen¹⁴

Thema Ehrenamt, Mobilität, Generation Sandwich am 05.05.2017

An diesem Workshop nahmen 27 Personen teil. Die Teilnehmer sollten selbst noch „Lücken“ finden, die als gesellschaftliches Feld für die Generationsübergreifende Agenda noch zu bearbeiten wären. Es wurden zum Beispiel in allen vorangegangenen Workshops auch immer die Felder Ehrenamt und Mobilität gestreift, aber nicht als eigener Aspekt bearbeitet. Um den Teilnehmern kurz aufzuzeigen, was in den vorangegangenen Workshops bereits erarbeitet worden war, wurden die Ziele aller vorangegangener Workshops auf Tafeln vorgestellt und die Teilnehmer aufgefordert, sich die Tafeln anzusehen.

Danach ergab sich folgende Feststellungen und Fragen:

-Es müssen die Situationen der Familien, Eltern, Alleinerziehenden und Kinderlosen im ländlichen Raum in eine Planung bzw. eine Agenda mit einbezogen werden. Wie kann die generationenübergreifende Struktur in der Teilhabeplanung gelingen? Wie kann die Motivation der Betroffenen zur Mitarbeit verstärkt werden?

-Es gibt viele Menschen, die durch alle Raster fallen. Wie können diese Menschen erreicht werden?

-Wie kann Scham bei den Betroffenen überwunden werden, so dass diese die Hilfestellungen auch annehmen?

Nach eingehender Diskussion beschlossen die Teilnehmer zusätzlich zu den Themen Mobilität und Ehrenamt noch die Situation der „Generation Sandwich“ in die Gruppenarbeit mit aufzunehmen. Mit der Bezeichnung Generation Sandwich wurde die Gruppe der Generation bezeichnet, die selbst schon Großeltern sind und damit auch für die Enkel Unterstützung leisten, aber auch noch eine Mutter oder einen Vater oder beides als Pflegefall mit betreuen, somit die jetzige Generation um die 60.

Es wurden dann 3 Gruppen wie folgt gebildet:

1. Ehrenamt
2. Mobilität
3. Generation Sandwich

¹⁴ Fotodokumentation Workshop V Querschnittsthemen am 05.05.2017, einzusehen bei REGINA GmbH Neumarkt, Dr.-Grundler-Str. 1, 92318 Neumarkt

1. Gruppe Ehrenamt

1.1 SWOT-Analyse und nachfolgende Diskussion

Was läuft gut?	<ul style="list-style-type: none">-Großes Engagement in Stadt und Landkreis „projektbezogen“-Ehrenamtsversicherung-Ehrenamtskarte (Stadt + Landkreis)
Welche Schwächen gibt es derzeit?	<ul style="list-style-type: none">-Finden von Vereinsvorständen weil Angst vor Arbeitsmenge und Angst vor Haftungsrisiko-Bezahlbare Fortbildungen-Wissen um Freistellungsmöglichkeit nicht vorhanden-Im Ehrenamt sind wenige aus Sandwichgeneration-Generationen-Schubladen
Welche Möglichkeiten gibt es?	<ul style="list-style-type: none">-Ehrenamt bereits in der Schule thematisieren-Infos über Nutzen von Ehrenamtstätigkeit-Voraussetzung: Erfassung von Ehrenamtstätigkeit-Würdigung von Ehrenamtstätigkeit-Bestätigung von Ehrenamtstätigkeit-Ehrenamt in der Rente berücksichtigen-Geben auf Vorrat (Gutschrift der ehrenamtlichen Tätigkeit)-Geben zwischen den Generationen-Werbung für „Zugezogene“
Welche Risiken gibt es?	<ul style="list-style-type: none">-Konkurrenz zwischen Ehrenamt und Institutionen-Wegzug von engagierten Ehrenamtlichen-Demografischer Wandel

1.2. Ziele der Gruppe Ehrenamt

Ziel 1:

Anerkennung von Ehrenamt als festgeschriebene Aufgabe des Staates mit einheitlichen Vorgaben muss gesetzlich verankert sein

Ziel 2:

Ehrenamtsbildung von Kindesbeinen an muss in den Lehrplänen festgeschrieben werden

Ziel 3:

Bundesgesetzgeber muss eine rechtliche Grundlage für Ehrenamtszeit schaffen

1.3. Maßnahmenfindung

Es wurden für alle Ziele 1-3 die Maßnahmen gesammelt und wie folgt benannt:

- Konzepteschreiben
- Vorschlag zur Lehrplanänderung
- Vorschlag Anrechnung der ehrenamtlichen Tätigkeit bei der Rente
- Punktesystem schaffen, das dann für eigene Pflege verwendet wird
- Gesprächskreis auf höchster Ebene schaffen
- Win-Win-Situationen schaffen

1.4. Partner und eigener Beitrag für die Umsetzung der Maßnahmen

- Abgeordnete ansprechen
- Angebote an Schulen zur Weiterbildung zum Thema Ehrenamt
- Vorbildfunktion leben
- Idee in einem Gespräch weitergeben oder schreiben
- Multiplikatorfunktion

2. Gruppe Mobilität

2.1. SWOT-Analyse und nachfolgende Diskussion

Was läuft momentan gut?

- Rufbus
- Discobus
- Vorbildhafte Gemeinden als Multiplikator (z. B. Pyrbaum, Postbauer-Heng Pypolino)
- Betreuter Fahrdienst BRK
- Anrufsammeltaxi (z. B. Berg und Pyrbaum)
- Wohnraumanpassungsberatung (Mobilität in den eigenen vier Wänden)
- Private Mitfahrangebote (auch organisierte Nachbarschaftshilfen)

Welche Schwächen gibt es derzeit?

- Rufbus wird erst nach längerer Zeit angenommen und fährt nicht am Wochenende
- Disobus fährt nur nach Bedarf
- ÖPNV teilweise am Bedarf vorbei
- Wegebeschaffenheit entspricht oft nicht der Barrierefreiheit
- Bekanntheit betreuter Fahrdienste zu niedrig und keine Kostenübernahme durch die Krankenkassen
- Versicherung bei privaten ehrenamtlichen Fahrten

Welche Möglichkeiten gibt es?

- Information über Rufbusse verstärken
- Ruftaxis für alle
- DB regelmäßige verlässliche Fahrzeiten
- Lobbyarbeit für mehr Mobilität
- Nachbarschaftshilfen

- „best practice Modelle“ aufzeigen
- Evaluation der Angebote
- Kombination verschiedener Mobilitätssysteme
z. B. Ruftaxi und Rufbus
- Mehrgenerationenhäuser fördern und bauen
(Thema Mobilität in den eigenen vier Wänden)

Welche Risiken gibt es?

- Finanzierung
- Verlässlichkeit
- Qualifikation der Anbieter
- Ensembleschutz macht Umbau unmöglich
(Umbau zu Mehrgenerationshäusern)

2.2. Ziele der Gruppe Mobilität

Ziel 1:

Das lokale und regionale Transportangebot ist mindestens 2x pro Jahr als Mengen- und Zielbestand zu erfassen. Es ist eine Bedarfsanpassung durchzuführen und eine Information lokal und regional ab sofort zu veröffentlichen

Ziel 2:

Barrierefreiheit ist für alle öffentlichen Straßen, Wege und ÖPNV-Stationen (auch Bahn), insbesondere für Bordsteine, Belag, Treppen, Wegeführung in Stadt und Landkreis Neumarkt i.d.OPf. bis 2020 umzusetzen.

Ziel 3:

Jede Kommune im Landkreis hat bis 2025 im Rahmen des sozialen Wohnungsbaus, je nach Einwohnerzahl, einen bestimmten Prozentsatz an barrierefreien Wohnungen zur Verfügung zu stellen.

2.3. Maßnahmenfindung/Partner und eigener Beitrag Ziel 1

Zu Ziel 1:

Das lokale und regionale Transportangebot ist mindestens 2x pro Jahr als Mengen- und Zielbestand zu erfassen, eine Bedarfsanpassung durchzuführen und eine Info lokal und regional ab sofort zu veröffentlichen.

Hier wurde ein „Fahrplan“ vom 1.-3. Ziel für die aufeinanderfolgenden Maßnahmen erarbeitet wie folgt:

1. Bestandsaufnahme des Istzustandes
2. Bedarfsanpassung
3. Veröffentlichung

Partner

- Kommune
- Landkreis
- Schulen
- ÖPNV
- Nachbarschaftshilfen

- Bevölkerung
- Sozialverbände
- Multiplikatoren, die sensibilisieren und motivieren und auf die Bedarfsanpassung hinwirken können
- Bayerischer Staat
- Für die Veröffentlichung -Landkreis, Kommunen

Eigener Beitrag

zur Sensibilisierung der Probleme durch Gespräche und Änderung des eigenen Verhaltens beitragen.

2.4. Maßnahmenfindung/Partner und eigener Beitrag Ziel 2

Zu Ziel 2:

Barrierefreiheit ist für alle öffentlichen Straßen, Wege und ÖPNV-Stationen (auch Bahn), insbesondere für Bordsteine, Belag, Treppen, Wegeführung in Stadt und Landkreis Neumarkt i.d.OPf. bis 2020 umzusetzen

- 1. Bedarfslokalisierung
- 2. Priorisierung, Best practice aufzeigen
- 3. Umsetzung

Partner

- Bevölkerung
- Kommunen
- Vereine
- Verbände
- Nachbarschaftshilfen
- Straßen- /Wegeanlieger
- Staat

Eigener Beitrag

Sensibilisierung

2.5. Maßnahmenfindung/Partner und eigener Beitrag Ziel 3

Zu Ziel 3

Jede Kommune im Landkreis hat bis 2025 im Rahmen des sozialen Wohnungsbaus, je nach Einwohnerzahl, einen bestimmten Prozentsatz an barrierefreien Wohnungen zur Verfügung zu stellen.

Partner

- Kommune
- Bevölkerung
- Bauträger
- Landkreis
- Sozialverbände
- Staat

Eigener Beitrag

Sensibilisierung

Gruppe Generation Sandwich

3.1. SWOT-Analyse und nachfolgende Diskussion

Was läuft gut?

- Quantitativ meist gute Kinderbetreuung
- Angebot an Ganztagsbetreuung an Schulen
- Immer mehr differenzierte Angebote
- Finanzielle Familienunterstützung
- Nachbarschaftshilfe

Welche Schwächen gibt es derzeit?

- Qualität der Kinderbetreuung
- Ganztagsschule – ist das ein Zukunftsmodell
- Vereinbarkeit Pflege und Beruf
- Immaterielle Familienunterstützung
- Sozial schwache Familien stärker einbinden
- Wenig (finanzierbare) Wohnangebote für Singles

Welche Möglichkeiten gibt es?

- Förderprogramme für Familien
- Mitgliedschaften in Vereinen unterstützen
- Singlewohnraum im ländlichen Raum schaffen
- Beratungsstellen besser bewerben
- Kurzzeitpflegeplätze schaffen
- Alternative Rahmenbedingung für Informationsvermittlung
- Statt Geldleistung – Sachleistung
- Nachlassmasse für die Pflege verwenden, nicht als Erbe
- Niedrigschwellige Unterstützungsleistungen
- Wohnortnahe Tagespflege
- Kombination von Einrichtungen (Pflege + Kindergarten)

Welche Risiken gibt es?

- Erst Angebot oder erst Nachfrage bei den Generationen?
- Selbstverantwortung des Individuums
- Beratungsresistenz

3.2. Ziele der Gruppe Generation Sandwich

Ziel 1:

Bis 2020 hat jede Gemeinde einen hauptamtlichen Sozialraumkoordinator (SoKo).

Ziel 2:

Bis 2020 führt jede Gemeinde einen Generationenfreundlichkeitscheck unter Berücksichtigung der Teilhabe durch.

Ziel 3:

Bis 2027 werden ausreichend wohnortnahe Kurzzeit- und Tagespflegeplätze angeboten.

In der Gruppe Generation Sandwich entwickelte sich nach der Zielfindung im Plenum noch eine rege Diskussion die folgende Stichpunkte beinhaltet:

Ist der Zeitraum bis 2027 für den Ausbau der „ausreichend(en) wohnortnahe(n) Kurzzeit- und Tagespflegeplätze“ nicht zu lang? Aus Erfahrung ist dieser Zeitraum realistisch.

Generation Sandwich – ist bei der Reihenfolge der Ziele nicht der Check sinnvoll vor Ziel 1? Die Ziele wurden unabhängig voneinander ermittelt; die Zielreihenfolge ist auch vom jeweiligen Stand in den Kommunen abhängig.

Eine fachliche und wissenschaftliche Begleitung/ Unterstützung beim Generationenfreundlichkeitscheck ist möglich/ notwendig.

Aus dem Projekt NENA (Netzwerk Nachhaltige Bürgerkommune) sind bereits Modelle vorhanden, diese könnten als Vorlage benutzt werden (Beitrag einer Fachfrau).

Ein Ehrenamtlicher hat das Recht, sein Ehrenamt auszuüben.
Wo steht der Landkreis bei der Betreuung der Ehrenamtlichen?

Momentan läuft eine Jugendverbändebefragung Über Landkreisseite Neumarkt i.d.OPf. -jugendverbaendebefragung.de (Anmerkung eines Fachmannes).

Die jeweilige Anzahl barrierefreier Wohnungen pro Kommune soll an noch zu bestimmende Parameter (z.B. Einwohner, Einkommensstruktur d. Kommune etc.) gekoppelt werden. Diese sind allerdings noch zu bestimmen.

3.3. Maßnahmenfindung

Zu Ziel 1:

Bis 2020 hat jede Gemeinde einen hauptamtlichen Sozialraumkoordinator (SoKo)

- Aufklärung betreiben
- Good practice
- Pressearbeit
- Öffentlichkeitsarbeit

Zu Ziel 2

Bis 2020 führt jede Gemeinde einen Generationenfreundlichkeitscheck unter Berücksichtigung der Teilhabe durch.

- „Check“ in den Gemeinden anbieten
- Durchführung in Kooperation mit Landkreisvertreter/Sozialraumkoordinator.

Zu Ziel 3

Bis 2027 werden ausreichend wohnortnahe Kurzzeit- und Tagespflegeplätze angeboten.

- Seniorenpolitisches Gesamtkonzept
- Sensibilisierung

Nach der Maßnahmenfindung entwickelte sich in dieser Gruppe noch eine lebhafte Diskussion wie folgt:

Die Bereitstellung von Pflegeplätzen ist auch abhängig vom Pflegepersonal – Pflegepläne? – wird derzeit durch ein Institut wissenschaftlich untersucht.

Fachkräftemangel –Wie können Bedarfe gedeckt werden?

Anreize für Fachkräfte sind vor Ort notwendig.

Kooperationen der politischen Kommune und den Wohlfahrtsverbänden ist notwendig.

Fachkräfte: der Markt ist leer!

BFZ: Pflegediskussion am 30.06.2017.

Tagespflege ist eine große Entlastung und vergleichsweise „einfach“ umzusetzen.

Jung und Alt können jederzeit pflegebedürftig werden.

3.4. Partner

- Gemeinde-/Stadtrat
- Gemeindetag
- Beiräte
- Regionalzentrum für das Ehrenamt, REGINA GmbH
- Sozialraumkoordinator auf Landkreisebene
- Koordinationsstelle der Familienstützpunkte
- Landkreis NM
- Behinderten-, Jugend-,Seniorenbeauftragten
- Beratungsstelle
- Angehörige
- Stadt-/Gemeinderäte
- Sozialreferat Landratsamt Neumarkt i.d.OPf.

3.5. Eigener Beitrag

- Argumente liefern
- Immer wieder nachfragen
- Leserbriefe
- Gremien und Workshoparbeit
- Bekannte Referatsleiter im Landratsamt ansprechen

C. Zusammenfassung der dargestellten Ergebnisse und Fazit aus den Workshops

„Die sieben priorisierten Ziele als Ergebnis aus den einzelnen Workshops.“

Die gefundenen Ziele der einzelnen Workshops konnten und wurden, geschuldet der inhaltlichen Überschneidungen und Übersichtlichkeit in sieben Zielen zusammengefasst.

Gefundene Ziele, aus unterschiedlichen Themenbereichen waren fast identisch, weil die zu erreichende Ziele miteinander verbunden sind, bzw. sich aus dem einem Ziel ein weiteres Ziel ergab.

Diese „Überschneidungen“ sind aber durchaus konsequent und nachvollziehbar, da sich Lebensbereiche überschneiden und zusammenhängen und sich für viele Zielerreichungen eine Koordination durch Netzwerker nicht nur anbietet, sondern sogar geboten erscheint.

Die erarbeiteten Ziele nach Themenbereichen geordnet:

•Ziel 1 und Hauptziel •Sozialraumkoordinator auf Landkreisebene
•Ziel 2 •Sozialraumkoordinator auf gemeindlicher Ebene
•Ziel 3 •Leitbild(er) erstellen
•Ziel 4 •Infrastruktur und Mobilität
•Ziel 5 •Einbindung der Akteure
•Ziel 6 •Pflege, Gesundheit und Soziales Miteinander
•Ziel 7 •Ehrenamt

Grafik Maria Rammelmeier

Die 7 Ziele im Einzelnen

Ziel 1 + 2:

Sozialraumkoordinator auf Landkreis und Gemeindeebene

Eine Vernetzungs- und Koordinationsstelle setzt sich mit dem sozialen Gefüge in den einzelnen Gesellschaftsschichten auseinander und zeigt die notwendigen Vernetzungen zwischen den Generationen und aller weiterer Akteure der "Ortsgesellschaft" auf und befördert diese.

Grafik Maria Rammelmeier

Übergeordnetes Ziel

Ziele 1 und 2

**Schaffung der Vernetzungs- und Koordinationsstellen
„Sozialraumkoordinator“.**

Ziel 1

Sozialraumkoordinator auf Landkreisebene

Dieses Ziel war für fast alle Workshopteilnehmer ein „Muss“, eine Voraussetzung um auch die anderen gefundenen Ziele koordiniert und konzentriert verfolgen zu können, um Doppelstrukturen zu vermeiden und einen geordneten Aufbau zu gewährleisten.

Es wurde von den Teilnehmern immer wieder beklagt, dass es keine Stelle im Landkreis gibt, die sich mit dem sozialen Gefüge in den einzelnen Gesellschaftsschichten auseinander setzt, eine notwendige Vernetzungen zwischen den Generationen und auch aller weiterer Akteure der „Gesellschaft“ (damit sind alle Akteure wie Bürger, Kirche, Unternehmen, Vereine, Verwaltung usw. gemeint) fehlt.

Zu Ziel 1 Sozialraumkoordinator auf Landkreisebene

1.1. Stellenbeschreibung

Diese Stelle soll am Landratsamt als hauptamtliche Stelle angesiedelt werden, da das Landratsamt als Fach- und Rechtsaufsichtsbehörde der Kommunen mit diesen in ständigem Kontakt auf vielen anderen Rechtsgebieten steht und damit für alle Landkreiskommunen zuständig ist.

Die Stelle soll beratenden und vernetzenden Charakter haben und für die jeweiligen Kommunen als Ansprechpartner in Erfüllung ihrer sozialen Aufgaben zur Verfügung stehen. Daneben soll diese Stelle zusätzlich sozialen Projekten, die über die kommunalen Grenzen hinaus landkreisweit tätig sind, als Entwicklungs- Vernetzungs- und Informationsstelle zur Verfügung stehen.

1.2. Aufgaben

Aus dieser Stellenbeschreibung ergeben sich folgende Aufgaben für den Sozialraumkoordinator auf Landkreisebene.

Er befördert gemeindeübergreifende Projekte im Landkreis, indem er entsprechende

Projekte injiziert, begleitet und vernetzt.

Darüber hinaus koordiniert, schult und unterstützt der Sozialraumkoordinator des Landkreises wiederum die geschaffene Stellen bei den Kommunen, die sich ebenfalls auf kommunaler Ebene um das soziale Gefüge in der jeweiligen Kommune kümmern. Dieser „Aufbau“ wird nachfolgend noch genauer erläutert.

Zu Ziel 2

Sozialraumkoordinator auf Gemeindeebene

2.1. Stellenbeschreibung

Auf gemeindlicher Ebene schaffen die Kommunen ebenfalls eine hauptamtliche Stelle, vornehmlich im Rathaus angesiedelt, die sich den sozialen Belangen der Bürger in der jeweiligen Gemeinde annehmen.

Diese gemeindlichen Anlaufstellen sollten in jedem Fall hauptamtlich besetzt werden, damit eine professionelle und zuverlässige Arbeit gewährleistet wird.

Dieses gefundene Ergebnis deckt sich auch mit den Vorschlägen des 7. Altenberichtes der Bundesregierung, in dem wie folgt gefordert wird:

„Aus Sicht der Siebten Altenberichtscommission sollten die Kommunen ein Care- und Casemanagement federführend koordinieren. Sie sollten wohnortnahe Strukturen der Beratung und des Casemanagements aufbauen.“

(Aus Broschüre: Sorge und Mitverantwortung in der Kommune, Erkenntnisse und Empfehlungen des Siebten Altenberichtes, Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend, S. 35).

2.2. Aufgaben

Weitere Aufgaben der Sozialraumkoordinatoren ergeben sich aus den erarbeiteten Zielen der Generationsübergreifenden Agenda. Dies wird im jeweiligen Themenbereich im nachfolgenden immer benannt.

Dabei ist zu beachten, dass die kommunalen Gegebenheiten die Aufgaben eines Sozialraumkoordinators beeinflussen und von diesem zu beachten sind und damit auch unterschiedliche Gewichtungen haben kann.

Darüberhinaus sind die Aufgaben des Sozialraumkoordinators auf Gemeindeebene auch immer von der Ausübung der Selbstverwaltung der jeweiligen Kommune und damit dem politischen Willen, was umgesetzt werden soll, abhängig.

Diese Aufgabe kann somit nicht vom Landratsamt angeordnet, aber durch den Sozialraumkoordinator des Landkreises angeregt und befördert werden, soweit sich eine Kommune zu diesem Schritt der Stellenschaffung entscheidet.

2.3. Zur Verknüpfung der Ziele 1 und 2

Eine weitere Aufgabe der Verknüpfung der landkreisbesetzten Stelle und der kommunal besetzten Stellen kann sich ergeben wenn eine interkommunale Vernetzungen sinnvoll ist, wenn z. B. mehrere Kommunen sich zusammen eine Stelle des Sozialraumkoordinators teilen oder auch eine Landkreiskommune gute Projekte einer anderen Kommune übernehmen möchte. In diesem Fall kann der Sozialraumkoordinator auf Landkreisebene vernetzen, befördern oder auch gute Projekte aufzeigen und bei der Umsetzung begleitend tätig sein.

Der stufenweise Aufbau der

- Koordinationsstelle auf Landkreisebene- und
- entsprechender Stellen auf Gemeindeebene-

ist sinnvoll und kann letztendlich viel bewegen.

Das zeigen die Erfahrungen anderer Landkreise, bei denen entsprechende Stellen für Senioren unter den Bezeichnungen

„Fachstelle für Seniorenangelegenheiten“	Landratsamt Unterallgäu
„Fachstelle für Seniorenfragen“	Landratsamt Würzburg
„Fachstelle für Senioren“	Landratsamt Mühldorf am Inn
„Kontaktstelle Bürgerengagement“	Landratsamt Roth
„Senioren und Inklusion“	Landratsamt Regensburg

bereits geschaffen sind und bei den jeweiligen Kommunen in den Landkreise die Umsetzung von Seniorenpolitischen Themen vorantreiben konnten. Allerdings ist bei den genannten Fachstellen der Fokus auf die Senioren als Aufgabengebiet gerichtet.

Die Teilnehmer der Workshops zur Generationsübergreifenden Agenda im Landkreis Neumarkt i.d.OPf. kamen bei diesen Überlegungen zu dem Ergebnis, dass eine „Anlaufstelle“ nur für Senioren für den Landkreis Neumarkt i.d.OPf. weniger Sinn macht, sondern generationsübergreifend für alle Bürger geschaffen werden muss. Dies bedeutet nicht, dass es zukünftig keine Fachstellen mehr für die Jugendarbeit oder keine Koordinationsstellen für Familienarbeit geben soll.

Es bedeutet lediglich, dass diese Vernetzungsstelle neben der Aufgabe der Bearbeitung der Seniorenfragen auch die Vernetzung zu diesen anderen Stellen zur Aufgabe hat und somit generationsübergreifend arbeitet.

Das generationsübergreifende System ergibt sich daraus, dass gute Seniorenpolitik nur gelingen kann, wenn die Vorgaben, die sich aus der Generationengerechtigkeit und –Solidarität ergeben, beachtet werden (hier wird nochmals auf den 7. Deutschen Altersbericht des Bundes verwiesen, der diese These stützt).

3. Die wichtigsten Tätigkeitsschwerpunkte der „Sozialraumkoordinatoren“

Vernetzung

Der Sozialraumkoordinator vernetzt in seinem räumlichen Aufgabengebiet Bürger, Vereine, Wohlfahrtsverbände, Unternehmen, die politische Kommune sowie alle weiteren Akteure einer Kommune miteinander, um Gemeinschaftsaufgaben im sozialen Bereich, also in der „Stadt-Dorfgemeinschaft“, zu bewältigen.

Kenntnisvermittlung

Der Sozialraumkoordinator unterrichtet die politisch Verantwortlichen von der bestehenden sozialen Struktur in seinem Ort und macht auf Defizite aufmerksam.

Darüber hinaus soll er aber auch Lösungsansätze vorschlagen für Probleme wie folgt:

- Welche alternativen Wohnformen gibt es bereits?
- Was könnte für den jeweiligen Ort sinnvoll sein, beziehungsweise von den Menschen gewünscht sein werden?
- Welche ehrenamtlichen Projekte könnten als ambulante Hilfssysteme unterstützen?

um nur einige zu benennen.

Unterstützung

Der Sozialraumkoordinator unterstützt die ehrenamtliche Arbeit vor Ort in der Kommune. Er wirkt darauf hin, dass das Ehrenamt eine Anerkennung in der Gemeinde und im Landkreis erfährt. Das Ehrenamt soll in die Köpfe der Menschen als notwendiger Beitrag zu Gemeinschaft gelangen. Das Ehrenamt muss zu einem Teil des täglichen Lebens und wenn geboten, generationsübergreifend werden.

Aufbau von Pflegemöglichkeiten

Der Sozialraumkoordinator regt seine Kommune an, Pflegemöglichkeiten sowohl im ambulanten als auch im teilambulanten Bereich zu schaffen bzw. zu befördern. Dabei sollen Unternehmen angeregt werden, ihren Mitarbeitern mehr Möglichkeiten zu verschaffen, sich um ihre pflegebedürftigen Angehörigen zu kümmern. Dieses Ziel sollte in Zusammenarbeit der Kommunen mit den Unternehmen verfolgt werden.

Zu Ziel 3. Leitbilder erstellen Konzeptentwicklung auf Landkreisebene

Ziel 3:
Leitbild(er) erstellen

Durch Konzeptentwicklung auf Landkreisebene sowie eine Verbindlichkeitserklärung der Generationenübergreifenden Agenda positioniert sich der Landkreis für die zukünftige Entwicklung der Lebensumstände seiner Einwohner.

Grafik Maria Rammelmeier

Mehrfach wurde gefordert, dass sich der Landkreis auch bezüglich der Entwicklung der Lebensumstände seiner Einwohner positionieren muss.

Dies soll unter anderem durch die Verbindlichkeitserklärung der Generationenübergreifenden Agenda erfolgen. Dies ist wichtig, damit die Bedürfnisse der Menschen im Landkreis

- unter Beachtung der Altersentwicklung der Bevölkerung, der geforderten Flexibilität der jungen Menschen und der damit verbundenen Generationenseparierung - gemeinsam, zur Zufriedenheit aller erfüllt werden können.

Es wurde mehrfach angeregt für die verschiedenen Lebenssituationen Leitbilder zu erstellen, aus denen sich ergibt wohin die politischen Entscheidungen in Bezug auf Integration, Inklusion, aber auch wirtschaftliche Weiterentwicklung des Landkreises Neumarkt i.d.OPf. gehen soll. Hierbei muss auch die Ausbildungs- und Arbeitssituation der jungen Generation mit einbezogen werden.

Es sollte geprüft werden, ob in diesem Sinn nicht die bereits erarbeiteten Ziele und Maßnahmen in der Generationsübergreifenden Agenda ausreichend sind, bzw. diese als Grundlage für ein umfassendes neu zu erstellendes Landkreisleitbild dienen kann.

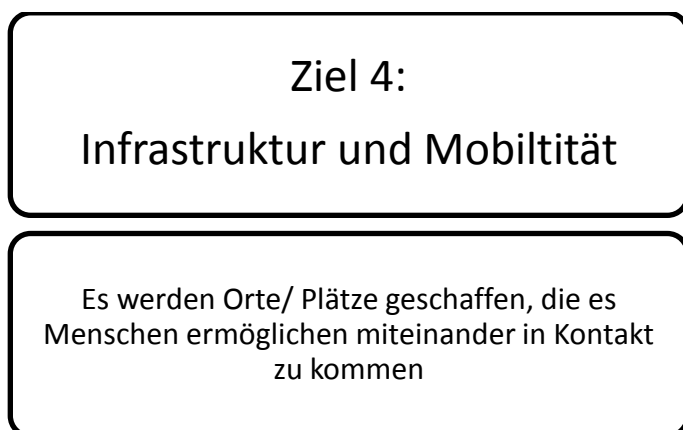
Als Beispiel seien hier die Ergebnisse aus dem Workshop II angeführt, in dem herausgearbeitet wurde, dass es durch die drohende Verschärfung des jetzt schon bestehenden Pflegenotstandes es unumgänglich ist, dass sich der Landkreis Gedanken über weiterführende Maßnahmen und Projekte in diesen Bereichen macht. Nur eine Pflegeplatzbedarfsplanung reicht hier nicht mehr aus.

Dabei wünschen sich die Teilnehmer, dass eine Bürgerbeteiligung stattfindet und alle betroffenen Gruppen von Menschen (Ältere, Behinderte und auch vor allem die pflegenden Angehörigen u.a.) in die Entscheidungsmechanismen einbezogen werden.

Darüber hinaus muss sichergestellt werden, dass der Landkreis immer wieder nachvollzieht, welche Ziele erreicht wurden und wo noch Handlungsbedarf besteht um bestehende Defizite zu beheben.

Das wiederum bedeutet, dass ein Leitbild nicht nur zu erstellen ist, sondern auch Evaluierungsmechanismen eingebaut werden müssen und es Gremien geben muss, die die Entwicklungen in festgesetzten Zeitabständen auch immer wieder überprüfen und dann gegebenenfalls anmahnen.

Zu Ziel 4: Infrastruktur und Mobilität



Grafik Maria Rammelmeier

1. Vernetzung der Generationen und Beförderung von bürgerschaftlichem Engagement

Um die Verbundenheit der Generationen, die Verbundenheit der Menschen in begrenzten örtlichen Gebieten - das kann ein Dorf, ein Quartier, ein Stadtteil sein - zu verbessern, wurde mehrmals gefordert, dass Plätze oder Orte geschaffen werden, die es den Menschen ermöglichen, miteinander in Kontakt zu kommen.

Aufgrund des „Wirtshaussterbens“ und der veränderten baulichen Bedingungen -keine Vorgärten mehr, die einen Austausch mit dem Nachbarn über den Gartenzaun ermöglichen, keine belebten Ortsmitten mehr, keine kleinen Geschäfte zur Kontaktaufnahme mit anderen etc.-

kommt es in vielen Gemeinden dazu, dass Menschen, die gesundheitsbedingt an Dorfaktivitäten nicht mehr teilnehmen können regelrecht vereinsamen.

Um der Vereinsamung entgegen zu wirken, ist es notwendig, solche Orte des Austausches wieder zu schaffen.

Auch der Kontakt zwischen den Generationen ist aufgrund der fehlenden familiären Bindungen (Kinder wachsen z. B. nicht mehr mit den Großeltern auf) oft nicht mehr gegeben.

Damit einhergehend kommt es zu immer weniger generationsübergreifendem Problemverständnis.

Auch niederschwellige Angebote von möglichen generationsübergreifenden Veranstaltungen müssen moderiert werden, was wiederum eine Aufgabe für den Sozialraumkoordinator ist.

2. Verbesserung der eigenen Mobilität durch Schaffung spezieller Wohnangebote

Die Teilnehmer der Workshops für die Generationsübergreifende Agenda, kamen in verschiedenen Workshops immer wieder auf das Thema der gesetzlichen Verbindlichkeit der Seniorenpolitik.

Wie mehrmals angesprochen, ist es unumgänglich, dass die seniorenpolitischen Themen nicht nur unter dem allgemeinen Begriff der „Daseinsvorsorge der Kommune“ für ihre Bürger nach Belieben zu subsumieren sind.

Analog der Jugendarbeit muss ein konkreter gesetzlicher Auftrag geschaffen werden. Natürlich wäre ein solcher Schritt auch damit verbunden, dass der Staat den Kommunen mehr Gelder für die Aufgabe der Seniorenarbeit überlassen müsste (Konnexitätsgebot). Diese Forderung deckt sich mit dem Hintergrund des Pflegestärkungsgesetzes III, das gerade den Kommunen bei der Pflege und Umsorgung älterer Mitbürger in Zukunft mehr Verantwortung überträgt.

Mit einer besseren finanziellen Ausstattung für seniorenpolitische Themen, wie barrierefreier Ausbau der Gemeinde im öffentlichen Raum, Schaffung und Beförderung von barrierefreiem, bezahlbarem Wohnraum, Schaffung von gutem öffentlichen Nahverkehr usw., wäre es für die Kommunen leichter machbar, sich auch diesen Themen zu widmen.

3. Barrierefreiheit im engeren und weiteren Sinn

Es wurde erarbeitet, dass Angebote für ein Miteinander in den Orten, die fußläufig erreichbar sein sollen, möglichst forciert zu errichten sind. Dazu gehört auch, die Mobilität zu steigern, heißt, dass ein Barriereabbau im öffentlichen Raum vorgenommen wird.

Hierzu sind von den Kommunen regelmäßig, gemeinsam mit Betroffenen, Bedarfs-ermittlungen vorzunehmen.

Zum Bedarf Mobilität gehört neben der Barrierefreiheit des öffentlichen Raums auch der Bau von bezahlbaren barrierefreien Wohnungen und Wohnmöglichkeiten. Diese Aufgabe darf nicht der freien Wirtschaft alleine überlassen werden. Es ist auch eine Aufgabe der Kommunen im Rahmen ihrer Daseinsfürsorge für jeden Bürger. Dabei sind die veränderten Lebenssituationen der Bürger (immer mehr ältere allein-stehende Menschen, mehr Singlehaushalte, mehr pflegende Angehörige die noch selbst berufstätig sind) zu beachten und in entsprechende Planungen einzubeziehen. Dies bedeutet für die Kommunen, dass sie im Rahmen der Eigenregie solche Wohnmöglichkeiten planen und schaffen müssen. Zumindest aber müssen die Vo-raussetzungen für die Errichtung entsprechender Baulichkeiten befördert werden. Reicht dazu die eigene, kommunale Finanzkraft nicht aus, so sind gemeinsame Lö-sungen mit Wohnbauunternehmen anzustreben. Kooperationen müssen geschlossen werden um fachliche, finanzielle Möglichkeiten im Sinne einer sozialen Wohnungsbauebene aufzubauen.

Um der Aufgabe auch für die Altbausubstanz in den jeweiligen Gemeinden nachkom-men zu können, wird es notwendig sein, dass die Verwaltungen der Kommunen eine Managementrolle für die Nutzung auch alter Immobilien gestalten und Anreize schaf-fen, dass diese Immobilien auch weiterhin genutzt werden. Dieses „Managen“ von Wohnraum kann ebenfalls ein Tätigkeitsschwerpunkt für den Sozialraumkoordinator auf gemeindlicher Ebene sein.

4. Ärztliche Versorgungsstrukturen

Aufgabe der Kommunen ist eine umfängliche ärztliche Versorgung ihrer Bürger. Wenn eine wohnortnahe Versorgung aufgrund mangelnder Angebote nicht möglich ist, muss die Kommune angemessene Rahmenbedingungen dafür schaffen. Die Kommunen sollten auf politischer und gesetzlicher Basis Instrumente bekommen, damit sie gestalterisch bei der Schaffung und Ausgestaltung von ärztlichen Versor-gungsstrukturen aktiv mitwirken können.

Darüber hinaus müssen mehr Präventivmöglichkeiten angeboten, beworben und letztendlich in das Bewusstsein des Menschen gelangen, um bereits im Vorsorgebe-reich die Gesundheit und die Selbstständigkeit älterer Menschen zu steigern.

5. Mobilität

Die Teilnehmer der Workshops waren sich einig, dass die Menschen mehr auf den öffentlichen Nahverkehr setzen würden, wenn die Angebote passgenauer gestaltet sind. Die Kommunen sind hier gehalten, neue alternative Angebote zur Beförderung zu schaffen, die mehr individuelle Wünsche abdecken und auf die Notwendigkeiten der geänderten Bevölkerungsstruktur eingehen. Dazu gehört es auch, dass jede Kommune Anstrengungen unternimmt, um den tatsächlichen, aktuellen Bedarf zu ermitteln und gefundene Konzepte in gewissen Zeiträumen evaluiert. Dies wiederum erfordert, dass die Kommunen sowohl personell als auch finanziell Mittel zur Verfü-gung gestellt bekommen und mit anderen Kommunen interkommunal zusammenar-beiten.

Es ist zwar richtig, dass dies in einem gewissen Umfang im Landkreis Neumarkt i.d.OPf. bereits praktiziert wird, aber anscheinend reichen die Angebote derzeit noch nicht aus, um hier durchschlagende Erfolge vorweisen zu können.

Zu Ziel 5 Einbindung aller Akteure

Ziel 5: Einbindung der Akteure

Kommunen kooperieren mit ansässigen Unternehmen, Wohlfahrtsverbänden, Bürgern in einem Ort, um entsprechende örtliche Angebote wie Tagespflegen, Transportmöglichkeiten, Versorgungseinrichtungen im Ort mit Essensangeboten etc. zu schaffen.

Grafik Maria Rammelmeier

Die Teilnehmer der Workshops haben erkannt, dass in Zukunft die Arbeitgeber gefragt sind, wenn es darum geht, die Flexibilität der Zeiteinteilung ihrer Arbeitnehmer zu erhöhen. Es wird immer mehr Arbeitnehmer geben, die neben einem Kindergartenplatz auch eine Tagespflege für die von ihnen zu pflegenden Angehörigen brauchen.

Die Familie der Zukunft wird sich auf der einen Seite um die Kinder kümmern müssen, auf der anderen Seite aber auch um die Großeltern oder sogar um die Urgroßeltern. Dabei werden die Familien auf einen größeren Familienzusammenhalt angewiesen sein als in der Jetztzeit, da der Pflegenotstand, die Kosten einer stationären Pflege, aber auch der Wunsch der älteren Generation solange wie möglich selbstbestimmt daheim zu leben, zunehmen.

Dieses Versorgen in alle Richtungen verlangt nicht nur den Arbeitnehmern Zeit und Flexibilität ab, sondern auch den Unternehmen.

Diese wiederum werden nicht alle in der Lage sein, entsprechende Angebote für ihre Arbeitnehmer vorzuhalten. Deswegen müssen sich hier die Kommunen und die ansässigen Unternehmer in Kooperationen zusammenschließen, um entsprechende örtliche Angebote wie Tagespflege, Transportmöglichkeiten, Versorgungseinrichtungen im Ort mit Essensangeboten etc. zu schaffen.

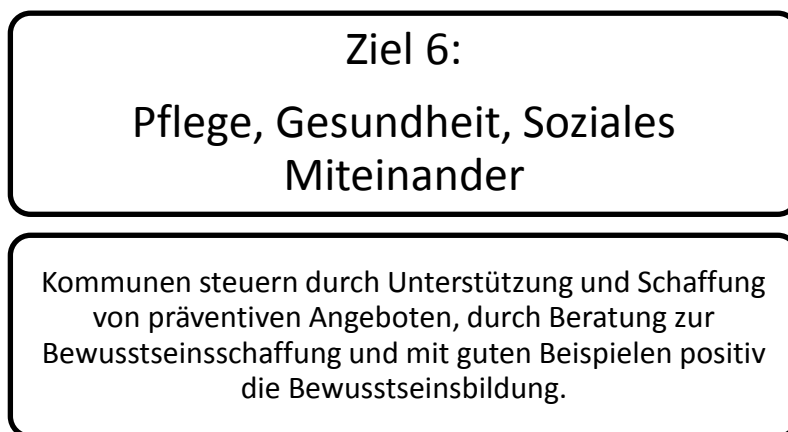
Auch Angebote für einen „digitalen Arbeitsplatz“ sind zu schaffen. Damit dies gelingen kann, ist der Breitbandausbau voranzutreiben.

Einzubeziehen sind in diese Planungen auch die Wohlfahrtsverbände, die Bürger im Rahmen von Ehrenämtern, die Verwaltungen der Kommunen mit Beratungs- und Unterstützungsangeboten aber auch mit Vernetzungsaufgaben und der Koordination.

Insgesamt kann der drohende Fachkräftemangel auch mit solchen Angeboten der „umfassenden Familiensorge“ in einer Kommune abgemildert werden, was wiederum neben der Finanzkraft der Kommune auch dem Wachstum und der damit verbundenen Lebensqualität in einer Kommune zugutekommt.

Die teilnehmenden Unternehmen können davon profitieren, dass sie ihre Fachkräfte nicht nur im Rahmen von finanziellen Mitteln sondern eben auch mit den sogenannten weichen Faktoren wie Familienfreundlichkeit an sich binden können.

Zu Ziel 6 Pflege, Gesundheit, Soziales Miteinander



Grafik Maria Rammelmeier

Da die Bevölkerung immer älter wird, ist es notwendig, dass die Gesundheit im Alter ein zentrales Thema für alle Bürger wird.

Hier können die Kommunen durch Unterstützung und Schaffung von präventiven Angeboten, durch Beratung zur Bewusstseinsbildung und mit guten Beispielen positiv diese Bewusstseinsbildung beeinflussen und steuern.

Jeder ältere Mensch, der auch in hohem Alter noch fit und gesund ist, kostet der Kommune weniger Geld, entlastet die Gesellschaft und kann auch selbst noch für die Gesellschaft im Rahmen von Ehrenämtern tätig sein.

Bei jedem jungen Menschen, der sich im sozialen Umfeld der Kommune wohl fühlt, wächst das „Heimatpotential“ und damit auch die Perspektive für eine Zukunft vor Ort. *„Heimat ist dort wo es nicht egal ist, ob es mich gibt“* (Prof. Dr. Harald Welzer, National Geographic 7.18)

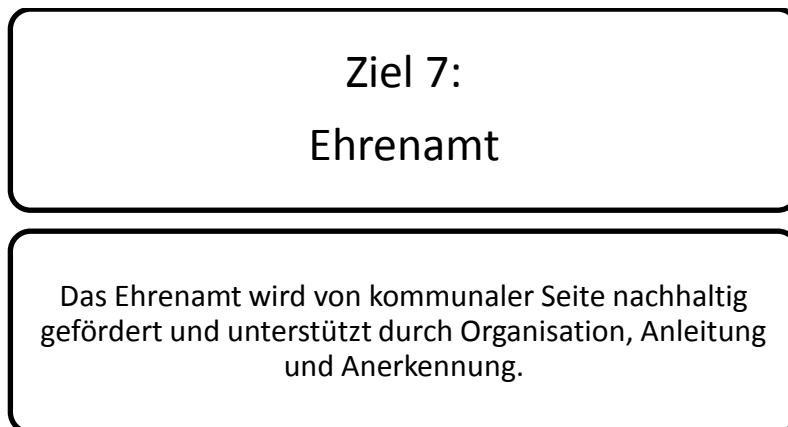
Die Kommune kann durch entsprechende Projekte das Gemeinschaftsdenken unterstützen, die Generationen zusammenbringen und letztendlich das „Wir-Gefühl“ in einem Ort unterstützen. Auf diese Art kann erreicht werden, dass sich die Bürger für Ihre Mitbürger einsetzen. Es entstehen Hilfsangebote, die den Staat entlasten.

Mit niederschweligen Hilfsdiensten wie Nachbarschaftshilfen, wie Alt hilft Jung, wie Paten für Kinder aber auch Senioren, kann der gesellschaftliche Zusammenhalt aufgebaut und gestärkt werden.

Auch diese Aufbau- und Vernetzungsarbeiten stellen ein Aufgabenfeld für einen Sozialraumkoordinator dar.

Durch Nutzung aller Kräfte und deren Vernetzung (z. B. Wohlfahrtsverbände mit Kommune und Bürger und Vereine etc.) wird erreicht, dass kein einzelner Bürger überfordert ist. Haupt- und Ehrenamt sollen vernetzt und koordiniert miteinander arbeiten und somit Synergieeffekte erzielen.

Zu Ziel 7 Stärkung des Ehrenamtes



Grafik Maria Rammelmeier

Letztes wichtiges erarbeitetes Ziel ist die Stärkung und die Unterstützung des Ehrenamtes.

Jeder Bürgermeister ist sich bewusst, wie wichtig ehrenamtliches Engagement in seiner Kommune ist.

Inzwischen hat sich neben der klassischen Vereinstätigkeit, die unentbehrlich für das soziale Gefüge in einem Ort ist, auch das sogenannte „neue oder freie“ Ehrenamt entwickelt. Dies sind Bürger, die eine Notsituation, eine Versorgungslücke, eine Lücke im sozialen System erkannt haben und hier im Rahmen von ehrenamtlichen Tätigkeiten Abhilfe schaffen wollen.

Dies zeigte sich insbesondere in der Flüchtlingshilfe - organisiert durch Ehrenamtliche.

Dieses Ehrenamt kann aber nur dann auf Dauer hilfreich und nachhaltig sein, wenn es organisiert, angeleitet und vor allem auch anerkannt wird.

Die Teilnehmer der Workshops waren sich hier einig, dass das Ehrenamt insbesondere für die Zukunft der ländlichen Gemeinden unverzichtbar ist.

Um die Notwendigkeit der aktiven ehrenamtlichen Mitarbeit in das Bewusstsein der Bürger zu verankern ist noch viel Überzeugungsarbeit zu leisten. Dies kann nur gelingen, wenn das Ehrenamt in Deutschland einen höheren Stellenwert erreicht und wenn es im Lebenslauf eines Menschen ebenso seinen Platz findet, wie auch die Schulzeit oder das Erwerbsleben.

Deswegen muss der Staat gute Rahmenbedingungen für die ehrenamtliche Arbeit schaffen. Dazu gehört, dass dem Bürger Zeit für das Ehrenamt zugestanden wird. Die Erkenntnis zur Notwendigkeit muss bereits im Kindesalter geweckt und gefördert werden.

Dies kann dadurch geschehen,

- dass diese soziale Arbeit bereits in den Kindergärten in den Schulen gelehrt und vorgelebt wird,
- dass später dann Zeitfenster für eine solche Art der Betätigung geschaffen werden (nicht nur für Dienste von Nothilfen wie Feuerwehr oder THW) und
- dass diese Betätigung als Ehrenamtlicher auch anerkannt wird.

Dies stellt eine politische Arbeit auf höchster Ebene dar, die durch praktiziertes Ehrenamt und dessen Anerkennung bereits auf kommunaler Ebene gefördert werden kann.

Hier wurde z. B. durch die Ausübung von organisierten Nachbarschaftshilfen letztendlich ein Förderprogramm des bayerischen Staatsministeriums für Soziales ins Leben gerufen, um dieser Art des Ehrenamtes weiter Vorschub zu leisten. Somit können gute Projekte dazu verhelfen, dass der Staat bereit ist, solche Projekte zu unterstützen.

Damit solche Projekte wie Nachbarschaftshilfen aber auf kommunaler Ebene gelingen können, sind ein Wohlwollen, eine Unterstützung und eine Wertschätzung der kommunalen politischen Ebene unverzichtbar.

D. Zum Schluss

1. Die Gesamtschau

Insgesamt haben die Workshops aufgezeigt, dass die Bürger sehr wohl bereit sind, Staat, Landkreis und Kommune in ihrer Aufgabe der Daseinsfürsorge zu unterstützen.

Um diese Bereitschaft zu fördern, bedarf es einer konkreten Anlaufstelle sowohl auf Landkreis- als auch auf kommunaler Ebene, die diese Anstrengungen und Ideen der Bürger unterstützt, koordiniert und vernetzt.

Das soziale Miteinander, das Gefüge des Umganges der Bevölkerung untereinander muss durch die Kommunen und durch die Politik verstärkt unterstützt und gefördert werden, da die alten Strukturen „man hilft sich im Dorf und in der Familie“ durch die veränderten Siedlungs- und Familienstrukturen zum Teil nicht mehr vorhanden sind und immer weiter wegbrechen.

Die Menschen sind bereit, sich auf veränderte Lebensumstände einzulassen, wenn entsprechende Rahmenbedingungen – wie oben beschrieben - durch die Politik geschaffen werden.

In einem Leitbild für den Landkreis sind diese erarbeiteten Bedarfe festzuhalten.

Die zu verfolgende Vision ist dabei:

„Wohin will sich der Landkreis Neumarkt i.d.OPf. entwickeln?“.

Es ist richtig und gut, dass es hier Anstrengungen für die Weiterentwicklung der Wirtschaftskraft im Landkreis Neumarkt i.d.OPf. gibt, aber darüber hinaus muss mehr für die Stärkung und den (Wieder)-Aufbau des sozialen Gefüges der Menschen unternommen werden.

Da sich dies nicht von alleine entwickelt, werden hier die Kommune vom „Verwalten“ zum „Gestalten“ übergehen müssen.

Die Ansätze in der Generationsübergreifenden Agenda sollen als Anregung für weitere Konzeptentwicklungen in den Kommunen, aber auch auf Landkreisebene verstanden werden, um den Herausforderungen der Zukunft begegnen zu können.

Mehrheitlich und wiederholt wurde von den Teilnehmern betont, dass eine Zielerreichung aber nur dann möglich ist, wenn es eine Stelle auf Landkreisebene gibt, die die vorgezeichneten Prozesse anstößt, begleitet und vernetzt.

Darüber hinaus müssen sich die politisch Verantwortlichen der Tatsache stellen, dass „Sozialraumpolitik“ unabdingbar als wichtige Aufgabe der Verwaltungen, für ein gutes Zusammenwirken aller Generationen zur gemeinsamen Nutzung der Lebensräume Stadt und Dorf, gesehen werden muss.

Früher haben sich Dorf- und Stadtgemeinschaften von sich aus entwickelt. In Zeiten von Transformationsprozessen und des demografischen Wandels wird Gemeinschaft immer wichtiger.

Gegenseitige Hilfestellungen aller Akteure (Haupt- und Ehrenamt) sind notwendig, um dieser Herausforderung gerecht zu werden.

Die Teilnehmer waren sich aber auch einig, dass eine Evaluation der im Rahmen der Generationsübergreifenden Agenda begonnenen Prozesse notwendig ist. Damit soll überprüft werden, wie weit die generationsübergreifenden Entwicklungsprozesse im Landkreis und in den Kommunen fortgeschritten sind. Defizite sind transparent zu machen und zeitnah und kontinuierlich auszugleichen.

Die Teilnehmer der Workshops wollen den politisch Verantwortlichen zu verstehen geben, dass nur unter Mitwirkung aller Bürger das „Wir-Gefühl“ im Landkreis und in den Landkreisgemeinden gestärkt wird.

Der Zusammenhalt innerhalb einer Dorf- bzw. Stadtgemeinschaft wird als Grundlage für ein gutes Wohn- und Lebensgefühl gesehen. Wenn es gelingt, dieses Gefühl zu erwecken, wird es möglich sein, auch zukünftig eine gute bis sehr gute Lebensqualität für alle Bürger im Landkreis Neumarkt i.d.OPf. zu erhalten.

Deswegen die Bitte aller Teilnehmer der Workshops an die politisch Verantwortlichen, die hier geleistete Arbeit und die darin enthaltenen Anregungen ernst zu nehmen und mit einer Verbindlichkeitserklärung der Generationsübergreifenden Agenda ein Zeichen für die Zukunft zu setzen.

2. Das Redaktionsteam

Redaktionsteam in alphabetischer Reihenfolge:

Gerlinde Delacroix
Wolfgang Fesich
Eva Maria Fruth
Sieglinde Harres
Georg Kerl
Karin Larsen-Lion
Maria Rammelmeier
Karl Solfrank

3. Danksagungen

Allen, die sich die Zeit für die Vorbereitungen, die Workshops, den notwendigen Hintergrundarbeiten genommen haben sei Danke gesagt.

Danke auch den finanziellen Unterstützern dieser Agenda wie dem Landkreis Neumarkt i.d.OPf., der REGINA GmbH und dem Bayerischen Staatsministerium der Finanzen für Landesentwicklung und Heimat.

Letztendlich geht es immer darum, dass aus einem guten „Wir“ ein sicheres und behütetes „Ich“ in einer Gemeinschaft werden kann.

W I R > I C H

Das Redaktionsteam
der Generationsübergreifenden Agenda für den Landkreis Neumarkt i.d.OPf.